

Riesaer Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Amtsblatt

Stadtblatt Riesa.
Band 20.

Veröffentlichungsstelle: Riesa
Gesetzliche Riesa Nr. 20.

für die Amtshauptmannschaft Großenhain, das Amtsgericht und den Rat der Stadt Riesa, sowie den Gemeinderat Gröba.

Nr. 90.

Dienstag, 20. April 1920, abends.

73. Jahrg.

Das Riesaer Tageblatt erscheint jeden Tag abends 10 Uhr mit Ausnahme des Sonntags und Feiertags. Bezugspreis, gegen Vorabzahlung, monatlich 8.- Mark ohne Aufstellgebühr, bei Abholung am Posthalter monatlich 8.10 Mark ohne Postgebühr. Anzeigen für die Nummer des Ausgabetages sind bis 2 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gebühr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Wochen wird nicht übernommen. Preis für die 48 min breite, 3 mm hohe Grundschrift-Seite (7 Silben) 80 Pf., Ortspreis 70 Pf.; zeitgenössischer und tabellarischer Satz 50% Aufschlag. Nachdruck- und Vermittlungsgebühr 20 Pf. pro Seite. Zeitlicher Gewalt erlischt, wenn der Betrag versäumt, durch Klage eingesogen werden muss oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Vierzehntägige Unterhaltungsabgabe „Frühstück an der Elbe“. Im Falle höherer Gewalt – Krieg oder sonstiger irgendwelcher Sitzungen des Betriebes der Druckerei, der Verlegerin oder der Vertriebsbehörden – hat der Verleger keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Notationsdruck und Verlag: Vanger & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Goethestraße 39. Verantwortlich für Reklamation: Arthur Hänel, Riesa; für Unzulänglichkeit: Wilhelm Dittler, Riesa.

Lebensmittelverteilung.

Es kommen zur Verteilung vom Freitag, den 23. April 1920 ab

1. auf Abschnitt 123
der grauen Nährmittelfarbe I) 200 gr Kicherbohnen,

2. auf Abschnitt 128
der roten Nährmittelfarbe I) 300 gr Weizengrieß,

3. auf Abschnitt 102 der gelben Warenbeschaffungsfarbe III) 150 gr Marmelade.

Die Entnahme hat bis spätestens den 28. April 1920 zu erfolgen. Die Abschnitte 123 der grauen, roten und grünen Nährmittelfarbe I, sowie die Abschnitte 102 der gelben Warenbeschaffungsfarbe III sind ungesäßt und ungebündelt bis spätestens den 30. April 1920 an die Unterverteilungsstelle einzureichen. Die Unterverteilungsstelle hat die Abschnitte gesammelt bis spätestens den 2. Mai 1920 an die Amtshauptmannschaft einzuführen.

Die Abschnitte 123 der gelben Nährmittelfarbe I sind direkt bis spätestens den 30. April 1920 an Herrn Kommissionsrat Ernst Böhlke in Riesa einzutragen. Der Preis beträgt für

Kicherbohnen	4.-	Mt. je Pfund,
Weizengrieß	-92	
Marmelade	3.70	:

Großenhain, am 19. April 1920.
Der Kommunalverband.

Verbot des Verfüttern von grünem Roggen und grünem Weizen.

Unter Bezugnahme auf die Verordnung des Bundesrats vom 20. Mai 1915, das Verbot von grünem Roggen und grünem Weizen betr., wird darauf hingewiesen, dass Abmischen und Verfüttern von grünem Roggen und grünem Weizen ohne ausdrückliche Genehmigung der Amtshauptmannschaft verboten ist.

Zwischenhandlungen werden mit Geldstrafe bis zu 1500 Mt. bestraft.

Großenhain, am 19. April 1920.
106 o.L. Der Kommunalverband.

Griechkartenausgabe.

Die Ausgabe der Griechkarten für
a) Schwangere vom Anfang des 7. Schwangerschaftsmonats an,
b) stillende Mütter bzw. Mütterinnen

erfolgt nach Vorlegung entsprechender Bestcheinigung der Hebammen bzw. des Arztes
Mittwoch, den 21. April 1920, nachmittags 2-4 Uhr
im Rathaus, Lebensmittelzentrale, Zimmer Nr. 13.

Die bisher gültigen Ausweisarten sind bei der Entnahme der neuen Griechkarten unbedingt mitzubringen. Bei späterer Abholung sind 50 Pf. Gebühren für besondere Abfertigung zu entrichten.

Der Rat der Stadt Riesa, am 19. April 1920.

Zu Wisscht genommen worden sind die Herren Paul Löbster und Martin Lange aus Riesa als Matzegespenden, die Herren Willi Krübs aus Frauenstein und Rudolf Heidrich aus Limbach als Ölspendeten.

Der Rat der Stadt Riesa, am 17. April 1920.

Freitag, den 23. und Sonnabend, den 24. April 1920

finden bei uns wegen Reinigung sämtlicher Geschäftsräume (diesmal auch der Sparkasse) nur unauffindbare Sachen ihre Erledigung.

Im Standesamt werden an beiden Tagen Anzeigen über Totgeburten vormittags von 8-9 Uhr angenommen.

Der Rat der Stadt Riesa, am 19. April 1920.

Handelschule Riesa.

Bu der Freitag, den 23. April 1920, abends 8 Uhr im Gathaus „Elberstrasse“ stattfindenden ordentlichen Mitgliederversammlung werden die Mitglieder des Vereins „Handelschule“ eingeladen.

Vorträge und Sächsisches.

Riesa, den 20. April 1920.

* Lebensmittelverteilung. Wie aus vorl. Bekanntmachung ersichtlich, kommen vom Freitag, den 23. April ab Kicherbohnen, Weizengrieß, sowie Marmelade

* Verein für Volksbildung. Der Unfänger-Kursus in der Redekunst ist auf Mittwoch verlegt worden. Nachster Übungsaufgang Mittwoch, den 28. April. Der Kursus über Abstimmung und Entwicklung beginnt nicht Donnerstag, sondern erst Sonnabend, den 24. April, 18 Uhr abends im Jugendheim Friede-August-Straße, Hinterhaus 1. Stoc, weil am Donnerstag in Riesa ein Elternabend und das Steinberg-Konzert stattfinden.

* Protest gegen eine Hinausschiebung der Bevölkerungsreform. Man schreibt uns: Allem Antheile nach sind Befriedungen im Gange, die Bevölkerungsreform bis zum Herbst hinauszögern. Der Gemeinwohl der Bez. Gruppe Riesa des D. V. B. hat gegen eine etwaige Verzögerung der Bevölkerungsreform den schwäbischen Protest eingelegt und die entsprechende Entschließung an die maßgebenden Stellen weitergeleitet.

* Eine Arbeitsgemeinschaft Riesa für die Grenz- und Auslandsdeutschen ist in einer gestern abend im Hotel Wettiner Hof abgehaltenen Versammlung gegründet worden. Sie hat die Aufgabe, alle hier und in der Umgebung wohnhaften Personen, die zur Abstimmung in Ost- und Westpreußen, sowie in Oberschlesien berechtigt sind, heranzuziehen und die Vorbereitungen für die Riesa in das Abstimmungsgebiet zu leiten. Die Versammlung wurde von Herrn Buchalter Sieleman Friede-Aug.-Str. 14, hier, geleitet. Herr Redakteur Riedel, Leipzig, legte die Statuten für die Abstimmung dar, wies darauf hin, wie abstimmungsberechtigt ist, welche Legitimationen erforderlich sind und in welcher Weise die Riesa ins Abstimmungsgebiet vor sich geht. Indem er die große wirtschaftliche Bedeutung jener Landesteile, in denen eine Abstimmung über ihre künftige Zugehörigkeit stattzufinden bat, vor Augen führte, zeigte er, dass die Abstimmung nicht nur eine Angelegenheit jener Gebiete, sondern des ganzen deutschen Volkes ist. Es müsse alles getan werden, um ein günstiges Ergebnis für Deutschland herzuführen. Jeder Abstimmungsberechtigte müsse am Tage der Abstimmung von seiner Stimme Gebrauch machen und die Riesa nach jenem Gebiet, in dem er zuständig ist, unternehmen. Über

die Nichtbeteiligten gelte es, den Stimmberichtigten die Fahrt in das Abstimmungsgebiet dadurch zu ermöglichen, dass sie zur Grenzlinie beitreten. Redner hob besonders auch die Notwendigkeit hervor, die für die aus den Abstimmungsgebieten kommenden Arbeiter besteht, sich an der Abstimmung zu beteiligen. Jeder Stimmberichtigte Arbeiter und jede Stimmberichtigte Arbeiterin muss bei der Abstimmung zur Stelle sein. Es werde daher Sorge getragen werden, dass ihnen die Beteiligung möglich sei.

Die hier gegründete Arbeitsgemeinschaft, der u. a. auch Vertreter der Arbeitgeber und der Gewerkschaften, sowie anderer Vereine angehören werden, wird nach ihrer Konstituierung Näheres bekannt geben. Sie wird den Abstimmungsberechtigten jede Unterstützung gewähren und ihnen die Erfüllung ihrer Pflicht so leicht wie möglich machen.

* Die Sächsische Kirchliche Konferenz tagte am 14. April in Chemnitz. Nach einer Eröffnungsansprache durch den Vorsitzenden Müller aus Zwickau hielt Professor Dr. Achelis aus Leipzig einen Vortrag über die Bedeutung der altdorfbritischen Kunst, danach sprach Professor Dr. jur. Wörner aus Leipzig über die kirchliche Tatenlosigkeit und ihre Folgerungen für die Verfassung. An das Ministerium des Kultus und öffentlichen Unterrichts und an das Landeskonsistorium wurde das Gründen gerichtet, für den Religionsunterricht in der Volksschule, der im neuen Schuljahr weiterzugeben ist, mit Bescheinigung eines neuen Lehrplans aufzuhalten und damit einen Ausschuss zu beauftragen, dessen etwa 9 Mitglieder zu je einem Drittel vom Ministerium des Kultus und des öffentlichen Unterrichts, dem evangelisch-lutherischen Landeskonsistorium und dem sächsischen Lehrervereine bestimmt werden möchten.

* Die Garnisonfrage für die zukünftige Unterbringung der Reichswehr wird, nach einer Mitteilung der Dtsch. Sold-Zeitung, so gehandhabt werden, dass alle kleineren und mittleren Garnisonen des Vorfeldes fast ausnahmslos eingehen und nur größere Städte mit guten Eisenbahnverbindungen Reichswehrgarnisonen werden, in der Regel Städte über 75 000 Einwohner. Die Kaiserlichen in den ehemaligen Garnisonen sollen Wohnzwecken dienbar gemacht werden. Zwei Drittel der alten Kaiserlichen werden entbehrlöslich. Da die Reichswehr als lange dienende Truppe bequemer als das alte Heer untergebracht werden muss, sind in Zukunft für Reichswehr- und Sicherheitswehr-Kasernen zu bauen, die früher für 200 000 Mann ausreichen. Räume für 400 000 Mann sind dennoch entdeckt.

lich. Die Lager der Truppenübungsplätze kommen für zivile Zwecke weniger in Betracht.

* Vor einer Umbildung der Sächsischen Regierung? Zwischen Unabhängigen und Mehrheitssozialdemokraten in Sachsen sind die Konferenzen wegen einer Umbildung der Sächsischen Regierung beim Schaffung einer rein sozialistischen Regierung in den letzten Tagen zwischen den parteilichen Instanzen fortgeführt worden. Der mehrheitssozialdemokratische Volkskammer-Abgeordnete Kühn sah das Ergebnis der letzten Aussprache zwischen den beiderseitigen Parteileitungen über diese Anlegesemantik folgendermaßen zusammen: „Die Unabhängigen Sozialdemokraten lehnen ab, in eine Koalitionsregierung einzutreten. Sie sind bereit, eine rein sozialistische Regierung zu bilden unter Wahrung der gegenseitigen Partei. Seitens Parteienfragen besprochen wurden, soll keine der Parteien von den anderen auf Verlusten schließen werden. Beziiglich der Partei erklärten die Unabhängigen auf Fragen, dass sie an derselben erhalten würden, auch wenn nach dem Ausfall der Wahl das Stärkeverhältnis zwischen den beiden sozialistischen Parteien sich verändert sollte. Die kritische Durchführung der von den Mehrheitsparteien in der Volkskammer aufgestellten Forderungen wird von beiden Teilen als selbstverständlich betrachtet. Sollte die Regierungsumbildung nicht vor den Wahlen stattfinden, so müssen doch die Einheitsfront im Kampf gegen rechts bei denselben aufrecht erhalten, dabei aber beiden Parteien die Freiheit zur Vertretung ihrer grundlegenden Auflösung im Wahlkampf gelassen werden.“ Mit dieser Sichtweise werden sich nun die beiden sozialistischen Parteien auf ihrem Ende dieser oder anfang nächster Woche beitretenden Parteitag befassen.

* Der Verband der Sächsischen Haushaltvereine, e. B., hält am 29. und 30. Mai seinen dreijährigen Verbandsitag in Dresden ab. Auf der Tagesordnung stehen Vorträge über die Sozialisierung des Grundbesitzes, über Hochbau und Wiederaufbau und über das neue Brandversicherungsgesetz. Außerdem wird der Verbandsitag auch Stellung zu den Reichs-, Staats- und Gemeindebewohnerneben. Für den Verbandsitag war ursprünglich Döbeln als Austragungsort genommen. Anfolge der inzwischen eingetreteten ungewöhnlichen Verleihungs- und Versteigerungsbefreiung hat sich der Verbandsvorstand jedoch für die Abhaltung des Verbandsabages in Dresden entschieden.

* Belohnung für die Aufführung von Eisenbahngütertrieben. Die Eisenbahn-

Tagesordnung: 1. Jahresbericht, 2. Rechnungsablegung, 3. Erledigung etwaiger Anträge (Satzungsgemäß vorher schriftlich eingereicht).

Riesa, den 17. April 1920.
Der Vorstand der Handelschule.

Rommelrat Braune, Vorstand.

Die Anfuhr von Steinkohlen, Kreissteine und Rosinen soll öffentlich verdungen werden. Die Bedingungen sind im Geschäftszimmer der Reichsvermögensstelle – Pionierstelle, Stabsgebäude 61 – einzusehen und Anträge verschlossen bis 24. 4. 20 vorm. 10 Uhr einzusenden. Bewerber, welche die Bedingungen nicht eingesehen haben, bleiben unberücksichtigt. Aufschlagskarte 2 Wochen.

Riesa, 12. 4. 20.

II. Nachtrag

sur Gemeinderatsordnung für Gröba (Elbe).

* 1. Nachtrag zur Schulsteuerordnung der bürgerlichen Gemeinde Gröba. Nachdem durch § 37 des Grundsteuerertragungsgesetzes vom 12. September 1916 (Reichsgerichtsblatt Seite 1817) die Erhebung von Belegschaftsabgaben für die bürgerliche Kirch- und Schulgemeinde für unzulässig erklärt worden ist, sind vom 1. Oktober 1919 ab die Belegschaftsabgaben betreffenden Vorschriften der Gemeinderatsordnung und der Schulsteuerordnung für Gröba außer Kraft getreten.

* 2. Die Gemeinde Gröba erhebt zu der durch das Reichsgesetz geordneten Grundsteuersteuer einen Aufschlag von 1 v. H. des der Berechnung der Grundsteuersteuern zu Grunde gelegten Werts oder Betrags.

Von diesem Aufschlag fließen 0,6 v. H. des vorerwähnten Werts oder Betrags in die Gemeindekasse und 0,3 v. H. in die Schulfeste.

* 3a. Bis zum Erlass eines Landesgesetzes zur Ausführung von §§ 32 und 34 des Grundertragungsgesetzes oder der an ihre Stelle tretenden reichsgerichtlichen Vorschriften sind 0,1 v. H. des in § 2 erwähnten Werts oder Betrags durch die Gemeinde zu einem besonderen Vermögensstock anzusammeln, der der Sicherung etwaiger Ansprüche der Kirchgemeinde dient.

* 3b. Der Aufschlag wird durch die mit der Verwaltung der Grundertragsteuer beauftragten Behörde für die Gemeinde mit eingehoben.

Einwendungen gegen diese Aufschläge können nur innerhalb des für die Grundertragsteuer geordneten Rechtsmittelverfahrens geltend gemacht werden.

* 4. Dieser Nachtrag gilt mit Wirkung vom 1. Oktober 1919 ab.

Gröba, Elbe, am 13. Februar 1920.

Der Gemeinderat.
(Stpl.) ges. Han s. Gemeinderat.

Der Schulpfarrer in Gröba.
(Stpl.) ges. Han s. Vorstand.

Der vorstehende Nachtrag ist von der Amtshauptmannschaft mit dem Bezirksausschuss und dem Bezirksschulamt auf Grund der mit Verordnung des Ministeriums des Innern und des Ministeriums des Kultus und öffentlichen Unterrichts vom 20. Dezember 1919 Nr. 2668 all G 1904 6 C erteilten Erlaubnis genehmigt worden.

Gröba, am 23. März 1920.

Die Amtshauptmannschaft.

(Stpl.) ges. De Uhlemann.

Das Bezirksschulamt.

ges. De Uhlemann. (Stpl.) Dr Barthel.

Der hier angestellte Herr Karl Georg Walther ist zum Meldeamtsexpediten befördert und heute in Wisscht genommen worden.

Gröba (Elbe), am 19. April 1920.

Der Gemeinderat.

Die vier angestellten Herren Karl Georg Walther ist zum Meldeamtsexpediten befördert und heute in Wisscht genommen worden.

Gröba (Elbe), am 19. April 1920.

Der Gemeinderat.

Die vier angestellten Herren Karl Georg Walther ist zum Meldeamtsexpediten befördert und heute in Wisscht genommen worden.

Gröba (Elbe), am 19. April 1920.

Der Gemeinderat.

Die vier angestellten Herren Karl Georg Walther ist zum Meldeamtsexpediten befördert und heute in Wisscht genommen worden.

Gröba (Elbe), am 19. April 1920.

Der Gemeinderat.

Die vier angestellten Herren Karl Georg Walther ist zum Meldeamtsexpediten befördert und heute in Wisscht genommen worden.</p

Gliedstaaten und in den letzten Jahren in erhebendem Maße gewachsen. Im Bereich der sächsischen Städteverbünden waren im Jahre 1913 nur 200 113 Wahl, im Jahre 1918 dagegen 8 144 962 Wahl. Entschädigungszahlungen zu leisten. Neuerlich verbürgte Güter geben durch diese Abschaffung unverzerrtiglich verloren; die Herausforderungen von Lebensmittelabnahmen gefährden die gesamte Lebensmittelversorgung. — Auf Vorstellungen der sächsischen Handelskammern hat sich nunmehr die Generaldirektion der Sächsischen Staatsverbünden dazu erklärt, auch den nicht in ihren Diensten stehenden Personen Belehnungen für die Ausübung von Gewerbeamtlicheitsdiensten zu gewähren. — Da es die Pflicht und das eigene Interesse gebietet, daß jedermann an der Sicherung der jüngsten unholzbaren Verhältnisse mitwirkt, haben die sächsischen Handelskammern an alle Firmen ihrer Beurteidigung die Gründungen auszuholzen, die Eisenbahnverwaltung bei der Ausdehnung von Dienststellen im Eisenbahnverkehr nach Städten zu unterstützen. Die Handelskammern haben sich auch selbst auf die gegenwärtige Verteilung bereit erklärt und werden diese unter Wahrung strengster Neutralität der Generaldirektion der Sächsischen Staatsverbünden übertragen, so daß den anliegenden Parteien keinerlei Unannehmlichkeiten daraus erwachsen.

EKA. Konferenz für Evangelisation. Unter großem Beifall aus allen Teilen Deutschlands und aus der Schweiz fand vom 12. bis 16. April in Leipzig die 1. deutsche Konferenz für Evangelisation statt. Es sollte auf ihr die Frage behandelt werden: wie bringen wir den Menschen von heute das Evangelium nahe? Veranstaltet war die Konferenz von dem Christlichen Volksdienst in Leipzig, dessen Direktor Privatdozent Dr. Mittel-Leipzig sie mit einer kurzen Ansprache eröffnete. In dem 1. Vortrag "Die Evangelisation unter den Volks als Lehrerin für die Evangelisation an unserem Volke" wird Missionar Johansen-Bethel auf bemerkenswerte Unterschiede zwischen der Arbeit auf dem Gebiet der Heidenmission und dem Arbeitsgediebt in der Heimat hin. Direktor Dr. Paul-Leipzig forderte Verbindung von evangelischer und kirchlicher Arbeit. Die Besprechungen zur Inneren Mission betonte der 2. Vortragende der Berliner Stadtkirche P. Thiele-Berlin, der anfalle des erkannten Anreges der Konferenz, des bekannten Evangelisten Samuel Koller außerdem in zwei vorangestellten religiösen Vorträgen in der vollbesetzten Matthäuskirche zeigte, was Evangelisation ist. Über "Evangelisation, Gemeinde, Gemeinschaft" sprach Pfarrer G. Gabriel-Dreßwitz und Missionar Böhme-Dresden, erster mehr nach den grundsätzlichen, letzter mehr nach den geschäftlichen Seite. Aus reicher Erfahrung als Evangelist heraus wies P. Thiele-Berlin auf die Notwendigkeit und den Segen der Sprecherinnen bei den Evangelisationsaktionen hin. Besonders stark befürchtet war der Abendvortrag von Prof. Dr. Hörmel-Leipzig am 13. April über "Evangelisation und Evangelium". Eine vortreffliche Einführung in das geistige Leben der Gegenwart und seine Winde für die Evangelisation an dem Gedächtnis gab Prof. Dr. Stuttgart-Halle in seinem Vortrag über "Evangelisation und modernes Seelenleben". Es war ein glücklicher Gedanke der Konferenzleitung, daß der Vortrag von Reichskanzler a. D. Dr. Michaelis-Baron "Der Christ und der Wiederaufbau" in der breitesten Öffentlichkeit im großen Saale des Zentraltheaters stattfinden sollte. Der Andrang war sehr groß und nicht nur die interessanten politischen Ausführungen des Redners, sondern auch sein warmes christliches Benennd machten riesiges Eindruck auf die Hörer. Für die Evangelisation an der Jugend und zwar hauptsächlich an der männlichen Jugend gab P. Tie-Stange-Leipzig wertvolle Ratschläge, ebenso Herr Dr. Lutz-Leipzig für die Arbeit an der weiblichen Jugend. Die wichtigste Frage: "Wie lebt man modernen Menschen die Bibel leben" behandelte Pfarrer Dr. Leibig-Leipzig, während am letzten Tage der Konferenz, 16. April, wiederum unter großem Andrang, Dr. Michaelis über "Evangelisation und Kirchliche Freiheit". Den Abschluss der Konferenz bildete ein Vortrag von P. Spranger-Dresden "Was sollen wir denn nun tun?" und eine kurze Schlussrede des Konferenzleiters Dr. Mittel. Der außerordentliche gewinnbringende Verlauf der Konferenz rief allgemein bei den Teilnehmern nach, daß diese Versammlung alljährlich wiederholt werden möchte. Die Veranstalter der Konferenz haben sich mit ihrer Veranstaltung zweifellos ein großes Verdienst um die evangelische Kirche Deutschland erworben.

Von den sächsischen Demokraten. Der Landesausschuß der Deutschen Demokratischen Partei in Sachsen hielt am Mittwoch, dem 14. April, in Dresden eine Sitzung ab, die aus allen Teilen des Landes von Männern und Frauen überaus zahlreich besucht war, viel stärker als eigentlich die veranlagten. Die Sitzung wurde von drei hervorzuweisenden Vorsitzenden des Landesverbands, dem Oberbürgermeister Dr. Kütt, Bittner, Mitglied der Nationalversammlung, und dem Staatsminister a. D. Oskar Günther, Plauen, Mitglied der Sächsischen Volkskammer, sowie von Frau Stadtpräsidentin Marz-Schütz-Dresden abwechselnd geleitet. Der Erstgenannte sprach über die Lage im Reich, der andere über die Lage in Sachsen. Beide Vorträge fanden wegen der Bedeutung ihres Inhaltes für militärischen Besuch. In der ausführlichen Ausprache, an der sich auch der neue Finanzminister, Abgeordneter Dr. Heinrich, beteiligte, wurden namentlich auch die ungemein bedauerlichen Vorgänge im Vogtland behandelt. Das lange Zögern der sächsischen Regierung wurde scharf kritisiert; mit Genugtuung aber ist der Umstand zu begrüßen, daß nach der Verstärkung des demokratischen Einflusses durch den vorher genannten Finanzminister auch in das Dresdner Ministerium endlich wieder eine aktive Politik eingesogen ist. Sobald beschäftigt man sich mit den Vorbereitungen zu den kommenden Reichstagswahlen. Die Aussicht hierüber ergab mit voller Einigkeit, daß sich die sächsische Demokratie der Schwere der Aufgabe, die ihr der bevorstehende Wahlkampf stellt, voll bewußt ist, aber auch fest entschlossen ist, diesen Wahlkampf mit voller Energie zu führen. Die sächsischen Demokraten sind seit von der Lieberzeitung durchdrungen, daß nur die weiteste Verbreitung des demokratischen Gedankens in der Bevölkerung, das nur die rechte Zurückweisung aller reaktionären Bestrebungen, wie sie erst wieder in dem breiteren Kapp-Putsch zum Ausdruck gekommen sind, unter deutsches Vaterland vor einer sozialdemokratisch-kommunistischen Wehrheit bewahrt kann, die nicht nur im Interesse unseres Kulturstabes verhindert werden muß. Angenommen wurden dann einstimmig folgende Urteile: 1. Die sächsische Regierung wird aufgefordert, dafür in energetischer Weise zu sorgen, daß alle Arbeitnehmer und Aktionsabschluß zu verschwinden haben. Es gibt nur eine verfolgungsfähige Regierung. Reinerlei Nebenregierungen dürfen gebildet werden. 2. Der Landesausschuß der Deutschen Demokratischen Partei erwartet von der sächsischen Regierung, daß unverzüglich alle Befreiungen städtischer Körperschaften aufgehoben werden, durch welche Vollzugsabschluß mit der Verfassung in Widerspruch stehende Rechte eingeräumt worden sind. Soweit zu solchen Zwecken Mittel bewilligt werden und, ist eine Nachprüfung dieser Befreiungen von Rücksicht wegen vorzunehmen.

Während Wahl für Reichstag und Volkskammer? Der Wahltermin für die Reichstagswahlen ist von der Reichsregierung noch nicht festgestellt worden. Analogisch gehen auch die Erörterungen darüber weiter, ob das und in Sachsen die Volkskammerwahlen gleichzeitig mit den Reichstagswahlen vorgenommen werden sollen. Auf einer in Dresden stattgehabten Kreis-

wahlkommission wurde eine gemeinsame Resolution erlassen, die die Befreiungen neuerer Wahlen einer gleichzeitigen Vorwahl belasten sollte, und der Abg. Sandermann betonte, daß es wahrscheinlich nicht möglich sein würde, beide Wahlen an einem Tage stattfinden zu lassen, weil die sächsische Verfassung noch nicht durchsetzt sei. Bei der engen Füllung, die zwischen dem Süderer der mehrheitssozialdemokratischen Volkskammerfraktion und den sächsischen Regierungen besteht, muß man nach den Ausführungen Sandermanns annehmen, daß die sächsische Regierung bestätigt, die Volkskammerwahlen gleichzeitig mit den Reichstagswahlen vornehmen zu lassen.

Das Ende des Silbergeldes. Am "Dr. Künziger" lesen wir: Bereits seit längerer Zeit ist der Plan erwogen worden, die bisher geltenden Silbermünzen, die doch nicht mehr im Verkehr erschäftlich sind, völlig außer Kraft zu setzen. Der Plan wird jetzt, wie bereits kurz erwähnt, durchgeführt werden. Eine Verordnung des Reichsfinanzministers, die bereits die Zustimmung des Reichstages und des von der Nationalversammlung gewählten Ausschusses gefunden hat, bestimmt, daß die 1-Mark-Stücke, Einmarststücke, Dreimarstücke und Fünfmarstücke sowie in Form von Denominationen geprägte Zwanzigstucke einzutauschen sind; sie gelten nicht mehr als gesetzliche Zahlungsmittel. — Bis zum 1. Januar 1921 werden diese Münzen bei den Reichs- und Bundesländern zu ihrem gesetzlichen Wert sowohl in Zahlung genommen als auch gegen Silbermarken, Reichsbanknoten und Darlehnscheine einzutauschen. — Die Verpflichtung zur Annahme und zum Umtausch (§ 2) findet auf durchsichtige und anderes als durch den gesetzlichen Wert umlaufende Münzstädte keine Anwendung. — Mit dieser Verordnung sind also von nun an sämtliche Silbermünzen außer Kraft gesetzt. Die Annahme der Silbermünzen zu dem bisher festgesetzten Preise durch die dazu bestimmten Stellen bleibt jedoch vorläufig bestehen.

München. Am Freitag wurde vom Verein Freischule, Ortsgruppe München, "Der milde Theodor", Schwarm von Paul v. Leoner, ausgeführt. Es war eine gute Leistung, die von den Zuschauern mit reichem Applaus gelobt wurde. Die Beleuchtung war im allgemeinen gut getroffen. Besonders sind hervorzuheben der Mantel Hagemann, dessen Tochter Jenny, der Komponist Wolfgang Amadeus und der Trompetenspieler Eusebius Hindelgen. Der Freischuleverein kann mit dem Erfolge sehr zufrieden sein.

Nürnberg. Bericht über die öffentliche Gemeinderatsitzung. Der Gemeinderat nimmt Kenntnis von folgenden Mitteilungen: 1. Sammlung Brauhand 1914; 2. Endung amerikanischer Lebensmittel; 3. Postkraftwagen, die von den Gemeinden zur Verbilligung stehen; 4. Beiträge an Steuern für den Weltkrieg (1270 Mr. 40 Pf.; für Wohlfahrtspflege 375,75 Mr.) — Mit dem Brandenburgischen Landesamt soll zwecks Arbeitsvermittlung ein Vertrag abgeschlossen werden. — Es soll versucht werden, einen Fernsprechanschluß an das Amt Nürnberg zu bekommen. — Der Verwaltungsausschluß schlägt vor, 1% mehr zur Grundsteuer zu erheben. Der Gemeinderat beschließt in diesem Sinne. — Ferner liegen die Wirtschaftsamt zum Verfassungsausschluß vor. Sie lauten: 1. Bez. (am Ufer) Herr Otto Matthes; 2. Bez. (Unterdorf) Frau Sonntag; 3. Bez. (Teil Unterdorf) Herr Buch, Koch; 4. Bez. (Gaudenzia) Herr Reuter; 5. Bez. (Dörfel) Herr Dr. Schirmer; 6. Bez. (Weinhauer Str.) Frau Anna Peier; 7. Bez. (Vordorf) Frau Friedrich; 8. Bez. (Dörfel) Herr Mittler; 9. Bez. (Mühlestr.) Herr Karl Schöne; 10. Bez. (Weinhauer Str.) Ende; Frau Dr. Straub. Diese Vorschläge werden gutgesehen. Die Gehöfte selbst liegen vorläufig in den Händen des Herrn Gemein-Vor. Bill. — Herr Schöne beantragt bei der Amtsaufzähmung, daß ihm als langjähriger Gemeinderatsvorsitzender von der Gemeinde Nürnberg eine Pension gezahlt werde. Der Gemeinderat soll Stellung dazu nehmen, ob Herr Dr. Schöne tatsächlich Gemeinderatsvorsitzender ist. Dies steht der Gemeinderat entschieden in Abrede und lehnt ab. — Die von der Amtsaufzähmung zusammengefaßten Bedingungen bezw. Wohnungsfrage werden angenommen, da mit allen Mitteln gegen solche eingedrungen werden kann, die sich dagegen wenden. — Das Einkommen des Gemeindedienstes Jäger wird auf seinen Auftrag auf 80 Mr. pro Woche vom 15. März ab erhöht. Der Verwaltungsausschluß hält eine Aufsprache darüber beiderseitig zu erwarten, ob es nicht an der Zeit sei, einen Schuhmann anzustellen. Man spricht viel dafür und dagegen. Grundsätzlich erkennt man die Notwendigkeit an. Der Verwaltungsausschluß wird beauftragt, nach Prüfung der finanziellen Seite dem Gemeinderat diese Frage erneut vorzulegen. — Die Baulichen von Süßnitz, Kleintetta und Marle finden nach Erledigung der Strafanzeige die Zustimmung des Gemeinderates. — Die Frage der Gebanntenbefreiung wird geprüft, daß es ihr gelingt wird, die Gebühren wie früher selbst einzuziehen. — Rückwirkend ab 1. 1. 1920 sollen die Gebühren für den Nahrungsmittelkram auf 10 Pf. pro Kopf erhöht werden. Der Gemeinderat gibt seine Zustimmung. Darauf nichtöffentliche Sitzung. (Vtr.)

Rossen. Gestern nachmittag ist über Rossen und Umgegend ein Wolkendurchzug niedergegangen. Straßen, Häuser und Gärten der tiefergelegenen Stadtteile stehen unter Wasser. Der angerichtete Schaden ist unübersehbar. Die Feuerwehr ist zur Rettung alarmiert worden. Auch Menschenleben waren in Gefahr.

Dresden. Vorgestern veranstalteten die Mitglieder der Dresdner Einwohnerwehr im Käfigturm Kartätschi eine Protestveranstaltung gegen die von der Entente geforderte Auflösung der Einwohnerwehr. Die Aussprache in der Verfassung, die stark besucht war, verlief ziemlich ereignisreich, indem er darlegte, daß es gelte, Widerspruch zu erheben gegen die Auflösung der Wehr. Es folgten zum Schluß folgende zwei Entschließungen vor, die angenommen wurden: 1. Die Einwohnerwehr erhebt Einspruch gegen die von der Entente geforderte Auflösung. Sie will lediglich die Auflösung im Laufe aufrecht erhalten und weiß es zuerst, ein militärisches Werkzeug zu sein. 2. Die Einwohnerwehr begrüßt das Eintreten aller Kreise der Bevölkerung in die Einwohnerwehr; sie erwartet jedoch, daß die Einwohnerwehr, auf dem Boden der Verfassung stehend, frei von politischer Tätigkeit, lediglich der Sicherheit der Einwohner dient. Die erste der Entschließungen soll an den Reichspräsidenten gerichtet, die zweite durch eine hierzu gewählte Abordnung dem Ministerpräsidenten Dr. Gräbner übergeben werden.

Dresden. Nach Verhandlungen, die von morgens 9 Uhr bis nachts 11 Uhr dauerten, wurde vorerst Nacht von dem angerufenen Schlichtungsausschuß ein Schiedspruch gefällt, durch den die von dem Reichsverband der Bankleute aufgestellte Klage gegen die von der Entente geforderte Auflösung der Einwohnerwehr bestätigt wird. Die Banken werden für diese Woche zunächst in beschränktem Umfang von 9 Uhr bis 11 Uhr vormittags für das Publikum geöffnet sein. Die Dresdner Börse wird erst in der kommenden Woche ihren Betrieb wieder aufnehmen können.

Wien. Unter der Leitung des Käfigturms "Ein Schiedspruch bringt eine Berliner Zeitung folgende Notiz: Eine Dame aus Wien kam nach der Hauptstadt, ließ sich dort bei einem der größten Photographen aufnehmen und hinterließ ihre Wiener Adresse, wobei die fertigen Bilder geschickt werden sollten. Dies geschah auch. Die Dame schickte aber ungebührlich die Bilder zurück, da sie unähnlich seien. Der Photograph sah nun sein Schreiben noch einmal ab, schickte aber auf den Umschlag des Briefes, sondern ließ es an die Stelle des Namens das Bild der Dame und schickte es. — Das ist eine ungewöhnliche Anwendung im Namen des Adlers. Da Wien wurde sofort die Dame nach dem Bild erkennen, der Verleih brachte das Vorrecht nach der Wohnung, wo das Dienstmädchen ihm benötigte, daß ihre Nachbarin die Empfängerin sei. Sowohl war die Reinlichkeit des Bildes bestreitigt, und die Dame mußte nun die Bilder annnehmen.

Bautzen. Eine außergewöhnlich reiche Goldschmiede wurde in den Bergwältern des Oberlausitz zu erwarten sein. Die Goldschmieden blühen so reichlich und zügelig wie dies seit vielen Jahren nicht beobachtet worden ist.

Cheb. Ein großer Teil des früheren Truppenübungsplatzes der Obersdorfer Artilleriekaserne ist in den Dienst der Ernährung gestellt worden. Die Verlegung des Platzes für Anbau von Kartoffeln in sehr zahlreiche kleine Parzellen ist erfolgt. — Das Fallen der Preise tritt auch in Cheb in lebhafter Weise auf. Reis ist auf 8,40 Mr., bei Abnahme von 10 Pf. auf 8,80 Mr., weiße Bohnen auf 4 Mr., braune auf 5,50 Mr., Kartoffeln von 22 auf 20 Pf. gesunken und so weiter.

Königsberg. Bei dem am Sonntag in der Sächsischen Schweiz niedergeschlagenen Gewitter schwang der Blitz in die Scheune und in ein Seitengangs des Gutsbetriebes Wittenberg ein, wodurch beide Gebäude vollständig niederrutschten.

Chemnitz. Hier ist die Übernahme des Verwaltungswesens durch die Stadt, bez. die kostenlose Bekleidung beschlossen worden. Die Kosten sollen der Allgemeinheit auferlegt werden.

Greiz. Die Ausbreitung der Visamrate nimmt immer bedeigendere Formen an. Sonntag vormittag wurde von dem Tieraufzüchter und Mürzschlößchen Meierei eins der gefährlichen Nagetiere im Gebüsch des Hotels Schwarzer Vogel erlegt. Das Tier hatte sich in der Dunggrube eingenistet. In dem toten Körper fanden sich nicht weniger als zwölf Jungtiere.

Schwerin. Große Schnupftabak sind dieser Tage hier entdeckt worden. Der Beamte der Wasch- und Schlickgefäßfabrik, Winkel, soll Haarene in bedeutenden Mengen aus Georgswalde nach Schwerin gesandt haben. Auch das Schnupftabak von Lebensmitteln wurde ihm nachgewiesen. Winkel wurde von den Zollbeamten in Haft genommen, jedoch am nächsten Tage wieder entlassen. Die Untersuchung gegen ihn nimmt ihren Fortgang.

Leipzig. Wie die "Volksszeitung" mittelt, ist man in einer riesigen Halle einer riesenhaften Soldatenfeierung auf die Tour gekommen. Die Firma hat Rohstoffe aus ihrer Zweigfabrik in Böhmen nach hier gebracht und die Sätze hinterzogen. Es soll sich um 400 000 Mark handeln.

Blauen. Am Mittwoch abends fiel ein neunstöckiger Knabe auf der Bahnhofstraße von einem Munitionswagen der Reichswehr, auf den er trotz der Warnung des Beauftragten hinaufkletterte. Der Knabe erlitt das durch einen Schädelbruch, dem er kurze Zeit danach erlag.

Nichtlinien für die Truppen im Vogtland.

Das sächsische Gesamtministerium hat am vergangenen Freitag die Lage im mittleren und südwestlichen Sachsen eingehend erörtert und über die weiteren den Truppen zu stellen den Ausgaben Nichtlinien aufgestellt. Der Ministerpräsident Dr. Gräbner hat diese dem Wehrkreiskommando in einem Schreiben übermittelt, aus dem Folgendes wiedergegeben sei:

Ich benutze die Gelegenheit gern, um dem Wehrkreiskommando & dem Dank der sächsischen Regierung für die tapferen und umstötzende Durchführung der Aktion zur Wiederherstellung gefährlicher Verhältnisse im Vogtland auszusprechen. Infolge der Verletzung schwieriger Verhältnisse war es bedauerlicherweise nicht möglich, dem Treiben der bürgerlichen Elemente im dortigen Gebiete schon früher ein Ende zu bereiten. Sollten nicht für geringere Truppenabteilungen bedrohliche Gefahren herbeigeführt werden und sollte der Erfolg des Vorgehens auf jedem Fall gesichert sein, so bedürfte es eines weit größeren Aufgebotes von Reichsheer, als die augenblickenden ohne genaueres Kenntnis der Verhältnisse geglaubt hatten. Aus allen diesen Zusammenhängen erläutert sich, daß das Unternehmen sich verzögern mußte. Unser Erfreulicher ist es, daß es nunmehr mit Schnelligkeit erfolgt und anschließend ohne größere Opfer durchgeführt werden kann. Die Regierung spricht den beteiligten Abteilungen der Reichswehr ihre Anerkennung besonders auch dafür aus, daß sie, sich treu an die ihnen geworbenen Befehlungen hielten, unnötige Gefahren ausweichen und die Gefahr verhindern, die sie gegen die ihnen geworbenen Befehlungen verhinderten. Die Frage der Gebanntenbefreiung wird geprüft, daß es ihr gelingt wird, die Gebühren wie früher selbst einzuziehen. Rückwirkend ab 1. 1. 1920 sollen die Gebühren für den Nahrungsmittelkram auf 10 Pf. pro Kopf erhöht werden. Der Gemeinderat gibt seine Zustimmung. Darauf nichtöffentliche Sitzung. (Vtr.)

Rosenthal. Gestern nachmittag ist über Rosenthal und Umgegend ein Wolkendurchzug niedergegangen. Straßen, Häuser und Gärten der tiefergelegenen Stadtteile stehen unter Wasser. Der angerichtete Schaden ist unübersehbar. Die Feuerwehr ist zur Rettung alarmiert worden. Auch Menschenleben waren in Gefahr.

Dresden. Vorgestern veranstalteten die Mitglieder der Dresdner Einwohnerwehr im Käfigturm Kartätschi eine Protestveranstaltung gegen die von der Entente geforderte Auflösung der Einwohnerwehr. Die Aussprache in der Verfassung, die stark besucht war, verlief ziemlich ereignisreich, indem er darlegte, daß es gelte, Widerspruch zu erheben gegen die Auflösung der Wehr. Es folgten zum Schluß folgende zwei Entschließungen vor, die angenommen wurden: 1. Die Einwohnerwehr erhebt Einspruch gegen die von der Entente geforderte Auflösung. Sie will lediglich die Auflösung im Laufe aufrecht erhalten und weiß es zuerst, ein militärisches Werkzeug zu sein. 2. Die Einwohnerwehr begrüßt das Eintreten aller Kreise der Bevölkerung in die Einwohnerwehr; sie erwartet jedoch, daß die Einwohnerwehr, auf dem Boden der Verfassung stehend, frei von politischer Tätigkeit, lediglich der Sicherheit der Einwohner dient. Die erste der Entschließungen soll an den Reichspräsidenten gerichtet, die zweite durch eine hierzu gewählte Abordnung dem Ministerpräsidenten Dr. Gräbner übergeben werden.

Dresden. Nach Verhandlungen, die von morgens 9 Uhr bis nachts 11 Uhr dauerten, wurde vorerst Nacht von dem angerufenen Schlichtungsausschuß ein Schiedspruch gefällt, durch den die von dem Reichsverband der Bankleute aufgestellte Klage gegen die von der Entente geforderte Auflösung der Einwohnerwehr bestätigt wird. Die Banken werden für diese Woche zunächst in beschränktem Umfang von 9 Uhr bis 11 Uhr vormittags für das Publikum geöffnet sein. Die Dresdner Börse wird erst in der kommenden Woche ihren Betrieb wieder aufnehmen können.

Wien. Unter der Leitung des Käfigturms "Ein Schiedspruch bringt eine Berliner Zeitung folgende Notiz: Eine Dame aus Wien kam nach der Hauptstadt, ließ sich dort bei einem der größten Photographen aufnehmen und hinterließ ihre Wiener Adresse, wobei die fertigen Bilder geschickt werden sollten. Dies geschah auch. Die Dame schickte aber ungebührlich die Bilder zurück, da sie unähnlich seien. Der Photograph sah nun sein Schreiben noch einmal ab, schickte aber auf den Umschlag des Briefes, sondern ließ es an die Stelle des Namens das Bild der Dame und schickte es. — Das ist eine ungewöhnliche Anwendung im Namen des Adlers. Da Wien wurde sofort die Dame nach dem Bild erkennen, der Verleih brachte das Vorrecht nach der Wohnung, wo das Dienstmädchen ihm benötigte, daß ihre Nachbarin die Empfängerin sei. Sowohl war die Reinlichkeit des Bildes bestreitigt, und die Dame mußte nun die Bilder annnehmen.

Cheb. Eine Nachricht aus Blauen berichtet, daß die Identität von Hölzner nachmittag in Eger festgestellt sei. Von der sächsischen Regierung ist das Verlangen auf Auslieferung des Hölzner an die tschechische Regierung gestellt worden.

Der polnische Gesellschafter des Wehrkreiskommandos.

Das Generalkommando von Ostpreußen. Das sich mit

weiteren Offizieren eines Staates gehen erneut nach dem
Bogenschießen, um mit den bestreiten Truppenführern
und Stabsoffizieren Güte zu nehmen.

Neueste Nachrichten und Telegramme vom 20. April 1920.

Die Lage in Österreich.

• Berlin. Wie durch die bekannte breitflächige Streif-
panzerung in Österreich verursachte gewonne Sorge
hat sich etwas beruhigt. Insbesondere sind die über den ge-
planten Generalstreik verbreiteten Melbungen im allgemeinen
nicht seinesmaß aufgetreten. So kam der Arbeiterschaft im
gesamten Lande kaum zu, den Gewerkschaften in
Österreich an zu zeigen, das sie nicht willend ist, so ihrer
Sicht, insbesondere zur Durchführung des Gewerkschafts-
streiks bereit zu lassen. Die Führer der Arbeiterschaft sind
so von ihrer Verantwortung bewußt, und es soll mit dem
Gewerkschaftsstreik gewissermaßen die Machtprobe gemacht
werden, um in künftigen Dingen den Einfluß der Gewerkschaften
zu prüfen. Bei der angekündigten Streiflage muss
für eine Beurteilung das soziale Element unbedingt von dem
nationalen getrennt werden.

Die Rückübertragung der Truppen aus dem Nachbarstaat.

• Berlin. Der Minister des Innern bewirkt, dass
der Rückzug aus dem Nachbarstaat habe bereits begonnen.
Sofort werde, was es befürchtet erforderlich scheine, von der
Grünen Polizei geholt. Es sollte es für das zweckmäßige,
gleichzeitig mit der Vermehrung der Sicherheitspolizei erfolge,
wenn bald eine Vermehrung einer militärischen demokratischen
Organisation der Sicherheitspolizei durchgeführt werden.
Die ersten Schritte dazu seien getan. Die kompro-
misierten Führer der Abteilungen und Gouvernements würden
unverzüglich entfernt. Tägliche Beamte im Unterstufen-
bereich würden befreit. Den Abteilungen würden
Hilfkommissare beigegeben. Zu den verschiedenen Befehlshabern
erklärt der Minister, er halte diese Berichte für
mindestens übertrieben. Schließlich teilte der Minister mit,
dass das Ergebnis der Waffenablieferung im Nachbarstaat bis-
her sehr unbefriedigend sei.

Verbot.

Aller unbefugte Betreten
der Gruben, Wiesen, Haine
und Bachläufe in diesem
Kreis wird hiermit streng
verboden. Öffentlichen werden
den von den betriebs-
behörden ausgesetzten. Eltern bitten
für ihre Kinder.

Größen, den 20. April 1920.

**Die Zusammenlegung
• mit Mittelpunkt Größen.**

Pausitz !!
Gibts Ede bitte bringend
um Gebendeschein
und Mandat n. E. V. 4974
an das Tageblatt Nied.

Dir, liebe Pauline,
zu Deinem heutigen Geburtstag
ein 999 mal donnerndes
Pausitz, damit das ganze
Stundell wackelt und die
lustige Pauline vor Freude
sappelt.

**Schottischer
Schäferhund**
entlaufen. Gegen gute Belohnung
abgegeben. Größen,
Georgstraße 8. — Vor
Akauf wird gewarnt.

Hund
ohne Halsband Montag früh
entlaufen.

Geg. gute Belohnung abg.
bei Paul Kauz, Süderau.
Schäferhund frei.
zu erst. im Tageblatt Nied.

Heimgefunden.

Roman von Hans Pöllendorf.

17. Fortsetzung.

Da blieb er regungslos stehen und harrte wie gebannt auf die am Boden liegende Gestalt. Er sah die dunkle Haarfülle, die sich wie ein schwarzes, selbstanisches Tuch über das Tigerfell breite, und er hörte ihr blutiges Schluchzen.

Ein Gefühl von unendlicher Liebe und von tiefem Mitleid erfasste ihn.

Hami! Hami! Hame, kleine Hame!

Mit einem leisen Schrei fuhr sie empor. Und als sie sah, daß er es wirklich war, daß er ihr mit ausgedrehten Armen entgegenging, da warf sie sich an seine Brust und umklammerte leidenschaftlich seinen Hals.

Was er kaum zu träumen gewagt, nun war es Wahrheit geworden. Er hieß diese geliebte Wäschengestalt in seinen Armen!

Die Blode schloß an. Hami rutschte los: „Woh, mach auf, ich bin gleich zurück!“

George ging zur Tür und öffnete.

Die Hand Frau Dingdels. Und als sie ihn sah, rief sie mit einem Lächeln auf dem gutmütigen, alten Gesicht: „Au also! Du ist ja allens wedder gant!“

10. Kapitel.

Henry Kunper war bloß vor Berger, als er das Kontor verließ. Er achtete nicht des gleichmäßig herabrieselnden Österreichregens, er dachte nicht daran, den Straßenbahnen zu begegnen, der ihn sonst nach Geschäftsstunden nie direkt an sein Heim brachte; nichts fühlte er mehr als einen ohnmächtigen Zorn gegen das Reichsland.

Soß ein Widerspruch hatte er ja im ganzen Leben noch nicht gehabt! Auch keine einzige und letzte Hoffnung auf ein gutes Geschäft in diesen schlechten Zeiten war auszuhändigen geworden! Eben als er das Kontor verlassen wollte, war Herr Wilhel mit unheilverkündender Silber eingetreten und hatte ihm ein Schreiben aus Holland überreicht. Darin stand kurz und bündig, daß man von der Offizie der Hirma Chr. Kunper und Co. in Hamburg, den Transport von Eisenbahnmaterialien nach Niederländisch-Indien beauftragt, leider keinen Gebrauch machen könne, da ein anderer, viel billigeres Angebot vorgelegen habe, das bereit angenommen sei.

Das hatte Kunper nicht erwartet. Mit aller Sicherheit hatte er auf dieses Geschäft gesetzt. Seine Selbstbeherrschung hatte ihn verlassen. Er war aufgeschnitten, hatte den Brief in die Tasche gesteckt und war ohne Grund an dem Österreichischen vorbei auf dem Domus schritten.

Die Entwicklung Deutschlands.

• Berlin. Kriegsminister Scheer erklärte dem Pariser Korrespondenten der „Morning Post“ u. a., die fortwährende Entwicklung Deutschlands oder die allgemeine Wirtschaft wären die beste Weise, um die Gefahr eines neuen Konflikts zu begegnen. Unzähligerweise mache die Entwicklung Amerikas den zweiten Weg fast unmöglich. Es gebe indessen noch ein Mittel, um Deutschland zu verhindern, einen neuen Krieg zu beginnen, und der wäre, daß die Alliierten bei der Ruhmesbergung des Stahlriegels bestimmt.

Zum deutsch-russischen Kriegsgesangspausen- Wochen.

Am Unterzeichnung des deutsch-russischen Kriegsgesangsabkommen melbten die Blätter: In dem Vertrag heißt es ausdrücklich, daß nur diejenigen Kriegsgefangenen abtransportiert werden, die eine Rückkehr in ihre Heimat möchten. Deutschland und Russland werden Kriegsgefangene in Moskau und Berlin errichten. In Deutschland befinden sich 180.000 russische, in Sowjetrußland rund 20.000 deutsche Kriegsgefangene. Die sehr erheblichen Mittel für den Abschaffungsort hat die Reichsregierung zur Verfügung gestellt. Gleichzeitig will eine deutsch-russische Kommission in Kiev, um festzustellen, wie der Abschaffungsort über See bewältigt werden kann.

Gegen eine Radikalische Erhöhung.

• Berlin. Aut. „Berliner Tageblatt“ verlautet, daß der Reichsausbau doch Rentz und sich gekreuzt mit überwiegender Weisheit gegen eine Reichstagskandidatur Erzberger ausgesprochen habe.

Gegen eine Polizei-Mobilmachung.

• Berlin. Aut. „Berliner Tageblatt“ verlautet, daß der Reichsausbau doch Rentz und sich gekreuzt mit überwiegender Weisheit gegen eine Reichstagskandidatur Erzberger ausgesprochen habe.

Weitere Verhaftungen in Marienbad.

• Graz. Wie das Grazer Tageblatt berichtet, wurden in Marienbad zwei Personen verhaftet, bei denen hohe Verdächtige vorgefunden wurden. Wahrscheinlich handelt es sich um verprengte Angehörige der österreichischen Bande.

jugoslawien und Österreich.

• Wien. Wie die Blätter melden, hat die Hugo-

Flamme Bestätigung des Rohstoff- und Materiallieferungsvertrags mit Österreich gefundert.

Eine Finanzkonferenz.

• London. Der Währerstand hat die Finanzvertreter von 25 Ländern für Ende Mai zu einer Konferenz nach Wien eingeladen. Die Konferenz wird sich hauptsächlich mit der Erweiterung des Mittel beschäftigen, die am besten dem Staat dienen, den Kreis wieder durch die geschickten Handlungen zu lösen.

England's Finanzlage.

• Wien. (Reuter.) Chamberlain sagt in seiner Budgetrede, da er auf der Grundlage der bisherigen Steuern erzielte Überfluss ungünstig sei, müsse er an das Land den Appell richten, durch eine energische Staatsausgabe den Kredit Englands zu verbessern, um die zukünftige Lage zu erleichtern.

Die deutsch-polnische Grenze.

• Berlin. Die Reichsregierung sind zahlreiche Aus-
sagen der Entwicklung über den belauerten rechtsbürgerlichen
Beschluß der Kommission zur Feststellung der deutsch-polnischen
Grenze, wonach ein Drittel des Marchfelder Bezirks mit
seiner einzigen Wohnlinie Belgien zugesprochen werden soll,
zugegangen.

Die amerikanische Politik Wilsons.

• Rotterdam. Nach einer Meldung des „Nieuwe Rotterdamsche Courant“ hat der ehemalige amerikanische Gesandte in Belgien starke Angriffe gegen die meiste Politik des Präsidenten Wilson gerichtet.

Der amerikanische Eisenbahnerkrieg.

• Haag. „Nieuwe Courant“ meldet drastisch aus New York vom 18. 4. M.: Die Hoffnung auf eine sofortige Beilegung des Eisenbahnerkrieges ist seit heute mittags aufgegeben, da nach einer Zusammenkunft der kreisenden Arbeitnehmer mitgeteilt wurde, daß diese außer den erforderlichen noch weitere Forderungen erhoben haben. Die Verhandlungen auf den östlichen Bahnen hat sich in der Zwischenzeit noch etwas gebessert.

Bermischtes.

Brand in einer Patronenfabrik. In der öster-
reichischen Patronenfabrik bei Wien brach vorgestern ein
Brand aus, beim sämtliche 20 Bauten mit Ausnahme eines
einzigen zum Opfer fielen.

Österreichisches

• Zwickau
zu kaufen schätzt
Gaukler. 25.

1 neuemelte Siege

zu verk. Sachsen Nr. 40.

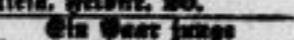
Achtung!

 Heute Dienst-
tag abend steht
ein großer Zug
von 2000 Störche
in der Stadt. Niemand
ist erkt. im Tageblatt Nied.

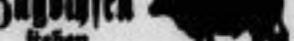
junger Gänse

am Verkauf. Hoffmann.
Niemand gekauft.

Ein Paar junge

 Ziegenköpfchen
zum Verkauf
Zauberwaldstraße Nr. 20
bei Habsen.

Zugroßherren

 zum Verkauf
Zauberwaldstraße Nr. 20
bei Habsen.

junger Menschen

am Verkauf. Hoffmann.
Niemand gekauft.

Gute mit Schimpfen

zu verkaufen.

Schäfchen, Gläubin.

Zu pachten gesucht

Garten, Wiese über Klei-
feld. Zu erkauf.

Dienstmädchen

Zu erkauf im Restaurant
„Goldener Engel“, Rossmarkt
Straße 23.

Hausmädchen

zu kaufen.

Mehrere Frauen

zu kaufen für Garten-
arbeit steht ein

Storch Gärtnerei.

14-16 Jähr. anständiges

Mädchen

zu Aufwartung für 1. Ton
gesucht Albersdorf. 11. 5. 2.

Jüngeres Mädchen

für Haushalt zum 1. Mai
gesucht. Karl Galle, Schloß

Jüngeres Mädchen

als Aufwartung sofort oder

Mädchen

15. 4. gesucht wegen ganz
sicherer Vermehrung bei bis-
terlichen. Größen, Schloß

Mädchen

als Aufwartung sofort oder

Mädchen

15. 4. gesucht wegen ganz
sicherer Vermehrung bei bis-
terlichen. Größen, Schloß

Mädchen

als Aufwartung sofort oder

Mädchen

15. 4. gesucht wegen ganz
sicherer Vermehrung bei bis-
terlichen. Größen, Schloß

Mädchen

als Aufwartung sofort oder

Mädchen

15. 4. gesucht wegen ganz
sicherer Vermehrung bei bis-
terlichen. Größen, Schloß

Mädchen

als Aufwartung sofort oder

Mädchen

15. 4. gesucht wegen ganz
sicherer Vermehrung bei bis-
terlichen. Größen, Schloß

Mädchen

als Aufwartung sofort oder

Mädchen

15. 4. gesucht wegen ganz
sicherer Vermehrung bei bis-
terlichen. Größen, Schloß

Mädchen

als Aufwartung sofort oder

Mädchen

15. 4. gesucht wegen ganz
sicherer Vermehrung bei bis-
terlichen. Größen, Schloß

Mädchen

als Aufwartung sofort oder

Mädchen

15. 4. gesucht wegen ganz
sicherer Vermehrung bei bis-
terlichen. Größen, Schloß

Mädchen

als Aufwartung sofort oder

Mädchen

15. 4. gesucht wegen ganz
sicherer Vermehrung bei bis-
terlichen. Größen, Schloß

Bettlässen

Betriebe, para. sofort. Alter u. Geschlechts-Angabe.
Schwerhörigkeit,
ges. gesch. Methode. Unsichtbar bequem zu tragen.
Flechtenleidern,
Dauerbeseitigung.
Gummienteilmarken.

Grüne Haare,
Erweichung der Naturfarbe.
Wunderbare Erfolge.
Versand aller hyg. kom.
pharm. Präp. u. Neuhelzen.
Auskunft erteilt kostenlos
mit Angabe des Wunsches.

Wohlfahrt
Versand, München 4 r
Hiltenbergerstr. 6.

Spülapparate

Spülapparate-Schlüsse. Unterlagen, Vorfalzbinden, Leibbinden, Monatsgurte u. alle sanit. **Gummivaren.**
Anfrage erbeten. Damenbinden, durch meine Frau. B. Denninger, Dresden, Am See 37, nahe Hauptbahnhof.

Lexikon

von Meyer oder Brockhaus, sowie Brehm Tierleben zu kaufen gefunden. Gefallausführ. Ost mit Vandzahl, Abreisezahl, Angabe des Einbandes u. W. 338 am Alte-Hausen-Heim & Vogler, Dresden.

Gebr. Fenster und Türen

zu kaufen gefunden.
Grammophon zu verkaufen.
Öfferten unter E X 1973
an das Tageblatt Riesa.

Kleiner Posten
gefunden. Hobeldielen,
24 u. 30 mm, und
besäumte Pfosten, 50 mm,
sofort abzugeben.

Fr. W. Lachmann,
Bismarckstr. 35 b. Tel. 490.
Eine Oberteiler, 7 m lang,
und 1 fast neue Kastbutze
zu verkaufen. Franz Endler,
Weinherr Str. 27.

Eiserner Ofen
mit Kachelauflauf, sowie
gebr. Sofa
zu verkaufen. Zu erfragen
im Tageblatt Riesa.

Passend für Landwirte.
Ein Posten große und kleine

Planen

find zu verkaufen.
Gustav Paulus,
Altwarenhändler, Röderau.

Achtung! Zahl für Lumpen,
Eisen, Altmetall,
Wein- und Tafelflaschen
höchste Tagespreise.
Alfred Rönn, Neuweida,
Hauptstr. 28.

2 gebr., aber sehr guterhaltene

Herren-Räder

(1 davon mit Freilauf und
ein fast neues Damerrad
mit Freilauf, jedes Rad mit
fast neuer Gummireifung,
und 3 Militärkraftwagen
in bestem Zustande zu ver-
kaufen. Gustav Tege, Neu-
weida, Telefon Nr. 308.

2 gebr. Damerräder mit
Gummi, 1 Bürstenanlage
zu verl. Rümla Nr. 43.

Nähmaschine,
guterhalten, zu verkaufen.
Zu erfr. im Tageblatt Riesa.

1 n. Hundegeschirr m. Rumi,
2 n. Fahrradketten
1 Pumpe billig zu verl.
Frenzel, Pöhlwitz Str. 28.

Hellgelber

Korbkinderwagen
sehr guterhalten, wie neu,
neues Herrenfahrrad ohne
Bereitung zu verkaufen.
R. 29. Platz 10, S. 2.

1 f. n. Kinderwagen,
1 Plane, 3x3 m.

1 Sofa billig zu verkaufen.
Zu erfr. im Tageblatt Riesa.

Einf. Sportwagen zu verl.
Bismarckstr. 11a, S. 1.

Sportwagen
zu kaufen gefunden. Wäder,
Strehla, Albertstr. 193.

Zylinderbus (Staubbus),
begr. Kinderschießpistole (4 J.)
zu verkaufen. Zu erfragen
im Tageblatt Riesa.

Vereinsnachrichten

Weltliche Bibelstal. Heute 8 Uhr Vorlesung.
R. E. C. 10. Morgen abend 8 Uhr Café Röder Vor-
lesung. Wichtige Tagesordnung. Vollständiges
Ergebnis wird erwartet (Vergn. Ausdruck). Freitag
8 Uhr Karneval sind sämtliche aktiven Mitglieder zur
Spielerzusammenkunft geladen. Bett. Spiele usw. am
25. 4. 20. Recht zahlreich erscheinen.
Große, Bl.-G. G. Freie Sänger. Donnerstag abend
8 Uhr Quartalsversammlung im Unterk. Sonnabend,
den 24. April, Tanzabend im Saalhof. Rübers im
Unter in der Freitagnummer dieser Zeitung.

Öffentlicher Vortrag

Mittwoch, den 21. April, abends 8 Uhr
in Gröba, Thüringer Hof, Vereinszimmer.

Thema:

„Was ist Wahrheit“

— Joh. 18, 37-38. —
Zutritt frei für Ledermann. Nebner: G. Jäger.

Riesa, Höpfners Gaol.

Mittwoch, den 21. April 1920, 7 Uhr
Gastspiel der vereinigten Stadttheater Freiberg-Reichen.

Einmalige Aufführung:

Fuhrmann Henschel

Schauspiel in 5 Akten von Gerhart Hauptmann.

Honne: Frau Gerta Barby von der Sächs. Landes-
oper als Gast.

Vorverkauf durch St. Abendroth (Tel. 138)

und G. Wittig (Tel. 445).

Freiberger Volksschaltung: „Es war ein Ehrenabend nicht
nur für Herrn Bräuer und Frau Gerta Barby,
sondern für unser Haus überhaupt.“

Gasthof Mehltreuer.

Donnerstag, den 22. April

großes Einzugskonzert mit Ball,

wozu freundlich eingeladen

W. Lindner.

Reichshof Zeithain.

Mittwoch, den 21. April 1920

große öffentliche Ballmusik

Anfang 6 Uhr. —

Hierzu laden freundlich ein

Oskar Gädler.

Der Quarkverkauf

findet in dieser Woche wie folgt statt:

Geschäft Wettinerstr. 24 Geschäft Schloßstr. 15

Mittwoch 1. — 500 1. — 500

Donnerstag 501—1000 u. Militär 501—1000 u. Militär

Molkereigenossenschaft Riesa, t. 6. u. b. 5.

Versteigerung.

Donnerstag, den 22. April a. c. vormittags 9 Uhr,

versteigere ich im Auftrag Weinherr Straße 20 hier selbst
nachstehend auf erhaltenen Nachlassgegenstände, als: 1 Ver-
tikale, 1 Kommode, 1 Küchenkommode mit Aufsatz, 1 Bettsetz
und 1 älteres Sofa, 1 Sofatisch, 2 Bettstellen mit Matratzen,
1 Doppelbett, 1 Bettstelle, 1 Kinderwagen, 1 Wasch- und
1 kleiner Tisch, 1 Regulator, 1 Nähmaschine, 1 Badewanne,
1 Spiegel, 6 Stühle, 1 Fußbank, 1 Hängelampe, 1 paar
lange Stiefeln, Küchengeschirr u. a. m.

Riesa, Schulstr. 6. vereideter Auktionator u. Notar.

Der. Schelbe

2 geb. aber sehr guterhaltene

Herren-Räder

(1 davon mit Freilauf und
ein fast neues Damerrad
mit Freilauf, jedes Rad mit
fast neuer Gummireifung,
und 3 Militärkraftwagen
in bestem Zustande zu ver-
kaufen. Gustav Tege, Neu-
weida, Telefon Nr. 308.

2 gebr. Damerräder mit
Gummi, 1 Bürstenanlage
zu verl. Rümla Nr. 43.

Nähmaschine,
guterhalten, zu verkaufen.
Zu erfr. im Tageblatt Riesa.

1 n. Hundegeschirr m. Rumi,
2 n. Fahrradketten
1 Pumpe billig zu verl.
Frenzel, Pöhlwitz Str. 28.

Hellgelber

Korbkinderwagen
sehr guterhalten, wie neu,
neues Herrenfahrrad ohne
Bereitung zu verkaufen.
R. 29. Platz 10, S. 2.

1 f. n. Kinderwagen,
1 Plane, 3x3 m.

1 Sofa billig zu verkaufen.
Zu erfr. im Tageblatt Riesa.

Einf. Sportwagen zu verl.
Bismarckstr. 11a, S. 1.

Sportwagen
zu kaufen gefunden. Wäder,
Strehla, Albertstr. 193.

Zylinderbus (Staubbus),
begr. Kinderschießpistole (4 J.)
zu verkaufen. Zu erfragen
im Tageblatt Riesa.

1 f. n. Kinderwagen,
1 Plane, 3x3 m.

1 Sofa billig zu verkaufen.
Zu erfr. im Tageblatt Riesa.

Einf. Sportwagen zu verl.
Bismarckstr. 11a, S. 1.

Sportwagen
zu kaufen gefunden. Wäder,
Strehla, Albertstr. 193.

Zylinderbus (Staubbus),
begr. Kinderschießpistole (4 J.)
zu verkaufen. Zu erfragen
im Tageblatt Riesa.

1 f. n. Kinderwagen,
1 Plane, 3x3 m.

1 Sofa billig zu verkaufen.
Zu erfr. im Tageblatt Riesa.

Einf. Sportwagen zu verl.
Bismarckstr. 11a, S. 1.

Sportwagen
zu kaufen gefunden. Wäder,
Strehla, Albertstr. 193.

Zylinderbus (Staubbus),
begr. Kinderschießpistole (4 J.)
zu verkaufen. Zu erfragen
im Tageblatt Riesa.

1 f. n. Kinderwagen,
1 Plane, 3x3 m.

1 Sofa billig zu verkaufen.
Zu erfr. im Tageblatt Riesa.

Einf. Sportwagen zu verl.
Bismarckstr. 11a, S. 1.

Sportwagen
zu kaufen gefunden. Wäder,
Strehla, Albertstr. 193.

Zylinderbus (Staubbus),
begr. Kinderschießpistole (4 J.)
zu verkaufen. Zu erfragen
im Tageblatt Riesa.

1 f. n. Kinderwagen,
1 Plane, 3x3 m.

1 Sofa billig zu verkaufen.
Zu erfr. im Tageblatt Riesa.

Einf. Sportwagen zu verl.
Bismarckstr. 11a, S. 1.

Sportwagen
zu kaufen gefunden. Wäder,
Strehla, Albertstr. 193.

Zylinderbus (Staubbus),
begr. Kinderschießpistole (4 J.)
zu verkaufen. Zu erfragen
im Tageblatt Riesa.

1 f. n. Kinderwagen,
1 Plane, 3x3 m.

1 Sofa billig zu verkaufen.
Zu erfr. im Tageblatt Riesa.

Einf. Sportwagen zu verl.
Bismarckstr. 11a, S. 1.

Sportwagen
zu kaufen gefunden. Wäder,
Strehla, Albertstr. 193.

Zylinderbus (Staubbus),
begr. Kinderschießpistole (4 J.)
zu verkaufen. Zu erfragen
im Tageblatt Riesa.

1 f. n. Kinderwagen,
1 Plane, 3x3 m.

1 Sofa billig zu verkaufen.
Zu erfr. im Tageblatt Riesa.

Einf. Sportwagen zu verl.
Bismarckstr. 11a, S. 1.

Sportwagen
zu kaufen gefunden. Wäder,
Strehla, Albertstr. 193.

Zylinderbus (Staubbus),
begr. Kinderschießpistole (4 J.)
zu verkaufen. Zu erfragen
im Tageblatt Riesa.

1 f. n. Kinderwagen,
1 Plane, 3x3 m.

1 Sofa billig zu verkaufen.
Zu erfr. im Tageblatt Riesa.

Einf. Sportwagen zu verl.
Bismarckstr. 11a, S. 1.

Sportwagen
zu kaufen gefunden. Wäder,
Strehla, Albertstr. 193.

Zylinderbus (Staubbus),
begr. Kinderschießpistole (4 J.)
zu verkaufen. Zu erfragen
im Tageblatt Riesa.

1 f. n. Kinderwagen,
1 Plane, 3x3 m.

1 Sofa billig zu verkaufen.
Zu erfr. im Tageblatt Riesa.

Einf. Sportwagen zu verl.
Bismarckstr. 11a, S. 1.

Sportwagen
zu kaufen gefunden. Wäder,
Strehla, Albertstr. 193.

Zylinderbus (Staubbus),
begr. Kinderschießpistole (4 J.)
zu verkaufen. Zu erfragen
im Tageblatt Riesa.

1 f. n. Kinderwagen,
1 Plane, 3x3 m.

1 Sofa billig zu verkaufen.
Zu erfr. im Tageblatt Riesa.

Beilage zum „Riesener Tageblatt“.

Redaktion und Verlag: Riesner & Winterlich, Riesa. Gedruckt: Goldschmidt'sche Druckerei. Bezahlbar für Redaktion: Arthur Hänsel, Riesa; für Eigentum: Wilhelm Wittig, Riesa.

Nr. 90.

Dienstag, 20. April 1920, abends.

73. Jahr.

Die Lage in Oberschlesien.

Von einer oberösterreichischen Persönlichkeit, die mit den gegenwärtigen Verhältnissen dort außerordentlich vertraut ist, erhalten wie eine eingehende Darstellung der Lage in Oberschlesien, der wir folgendes entnehmen: Die Nachrichten, die die deutsche Presse über den Streit in Oberschlesien verbreitet hat, sind richtig und enthalten doch in ihren Einzelheiten vieles Sätzliche. In der Streitbewegung sind drei Richtungen zu unterscheiden: 1) Der Angestelltenstreit. 2) Die Protestbewegung der Richter und Beamten. 3) Der besondere Generalstreit der Arbeiterschaft. Der Streit der Angestellten geht absolut auf wirtschaftliche Motive zurück und hat an einer gewissen Stärke geführt, ohne daß auch nur irgendwie politische Fragen dabei mitgespielen. Am Sonnabend ist es infolge der ganz besonderen Bemühungen des Regierungsamtsleiters zu einer Einigung gekommen. Die Arbeiterschaft, die an und für sich wohl genug gewesen wäre, die Bewegungen der Angestellten zu unterstützen, mußte dies für den Augenblick ablehnen, da aus unabsehbaren Gründen der wirtschaftliche Streit gegenwärtig nicht am Platz erschien. Die Protestbewegung der Richter und juristischen Beamten gegen die Übergriffe der Entente in die Rechtspflege hat, wie bekannt, zu einem Streit geführt, der aufrecht erhalten wird, weil er bisher noch keinerlei befriedigendes Ergebnis bei der Entente erzielt hat. Die Beamten und die Arbeiterschaft der Eisenbahn und der Post schließen sich an, die Bewegung der Justizbeamten durch einen Sympathiestreit zu unterstützen. Der bevorstehende Generalstreit der Arbeiterschaft gründet sich ausschließlich auf soziale Motive und enthebt gegenwärtig jeder nationalen Färbung, die auch nach Möglichkeit absolut ausgeschaltet bleiben soll. Die Entente-Kommission hat es für richtig gehalten, das Betriebsstreitgesetz, das bereits vor Amtsantritt dieser Kommission in Oberschlesien Rechtskraft erlangt hatte, nachträglich auszuhalten. Eine besonders anerkennenswerte Haltung hat in dieser Frage der deutsche Arbeiterversandt in Oberschlesien eingenommen, der auf Anfrage der Entente erklärt, daß er unbedingt seiner verbindlichen Sympathie oder Antipathie für das Gesetz, die Betriebsstreitwahlen in den Werken vornehmen lassen würde, wie es das rechtlich zuständig gewordene deutsche Gesetz verlangt. Die Betriebsstreitwahlen auf den Gruben und Höfen ergaben durchweg starke deutsche Majoritäten; selbst in Hindenburg, wo die Gemeindevertretung überwiegenden polnischen Einfluß zeigt, blieben die Deutschen bei den Betriebsräten in der Mehrheit. Das Departement de Service industriel hat sehr schwach gegen die Wahlen Stellung genommen und den Vorstand des Arbeiterversandes, den Oberbergwerksdirektor Viktorius, für verantwortlich zu machen verucht. Die Arbeiterschaft will sich aber keineswegs das ihr gegebene soziale Recht von der kapitalistisch bestimmten Entente ranhören. Gegen diese Abfuhr steht die Front der deutschen Arbeiter mit der der politischen Arbeiter nahezu geschlossen da. Zuerst sind die Arbeiterschäfer von der alliierten Kommission, mit der sie Verbündungen anstreben wollten, überhaupt nicht empfangen worden, dann nach weiterem Drängen mit leeren Worten abgewiesen worden.

Heute fordert die Arbeiterschaft ihr Recht. Die Versammlungen, die für gestern einberufen waren, sollten zweitens die Proklamation des Generalstreits darstellen, sondern sollen lediglich dazu dienen, den Arbeiterschäfern das Mandat der Mutter zu übertragen. Die Arbeiterschaft ist sich voll der Verantwortung bewußt, die ihr ein Generalstreit auferlegt und gebietet keineswegs mit dem Gedanken nur zu leben. Wenn von politischer Propaganda seit mit einem bevorstehenden Einmarsch der Holländischen Truppen gedroht wird, so ist der Wert dieser Drohung geringer anzuschlagen, als es allgemein brauchen im Reiche geschieht. Ein Einmarsch polnischer Truppen würde eine elatante Verleugnung des Besitzes darstellen: er würde den Polen den Rest der Stadt in letzter Zeit bedeutend verminderter Sympathien der Bevölkerung räumen und würde zugleich den französischen Prestige einen unheilbaren Stoß versetzen. Der Generalstreik ist wegen eines französischen Einmarsches und eben belastet. Sein Verhalten hat ihn bei den holländischen Truppen den Spitznamen „imperial“ eingebracht. Von einem solchen Charakter ist es kaum zu erwarten, daß er mit der Wiederherstellung seiner Macht durch die Polen zu ohne weiteres einverstanden wäre. Andererseits unterstützen die Franzosen offen und geheim in jeder der Wohlständigkeit widerprechenden Weise die polnischen Bestrebungen. Es ist offenes Geheimnis, daß der polnische Propagandafond vom französischen Gelde geprägt wird. Der Aufbau einiger kleiner Blätter ist den Polen durch Zahlung geradezu schamloser Presse gelungen; einen Erfolg mit dieser Propaganda werden sie aber kaum verzeichnen können, da der polnische Staat die entsprechenden Zeitschriften abwehrt, als in polnische Hände übergingen. Die Propaganda der Polen ist absolut nationalistisch, sie wirkt deshalb mehr auf die breite Arbeiterschaft, noch auf den Mittelschicht. Die deutsche Propaganda, der längst nicht die ungenügenden Geldmittel der Polen zu Gebote stehen und die Konventionen der Entente-Kommission in der unerhörtesten Weise unterdrückt wird, arbeitet fast ausschließlich mit kulturellen Mitteln. In diesem Sinne hat die soziale Bewegung gegen die Bestrebung der Betriebsräte also auch für die nationale Frage eine große Bedeutung. Selbst Herr Vorstand, der noch vor einigen Monaten so siegesgewiß war, fühlt heute die Macht über die politische Arbeiterschaft seinen Händen entgleiten, zumal es dem deutschen Kommissar, dem Fürsten Hatzfeld, infolge seiner Geschäftlichkeit, seiner zweifellosen sozialen Ausbildung und seiner außerordentlichen Berufserfahrung mit allen wirtschaftlichen und politischen Fragen durchaus gelungen ist, das in der Arbeiterschaft gegen ihn anfänglich herrschende Misstrauen (er ist ja ein „Fürst“) zu zerstreuen. Man sieht in Oberschlesien der Entwicklung durchaus Hoffnungsteile, die entgegen und versteht nicht recht den vielfach im Reiche geäußerten pessimismus. Im gegenwärtigen Moment jedenfalls steht die Sache des Deutschtums in Oberschlesien günstiger denn je. Dafür, daß die erwogene Position nicht wieder verloren geht, werden alle deutlich gesinnten Oberschlesiener noch kräftig arbeiten.

Eine Mitteilung der interalliierten Kommission.

Die interalliierte Regierungs- und Friedenskommission in Oppeln teilt dem „Oberdeutschen Nachrichtenblatt“ amtlich mit: In einigen Zeitungen wurde in den letzten Tagen das Gericht verbreitet, daß die interalliierte Regierungs- und Friedenskommission für Oberschlesien verhindern hätte, daß Inkrafttreten des Betriebsstreitgesetzes zu verhindern. Dies ist nicht der Fall. Sowohl diese Frage erörtert wurde, hatte die interalliierte Regierungs- und Friedenskommission die Erklärung abgegeben, daß sie erst nach den neueren Untersuchungen in der Lage sein werde, einen Beschluß für diese oder für andere Fragen zu fassen. Die interalliierte Regierungs-Kommission hat jetzt beschlossen, daß das Betriebs-

Die Konferenz in San Remo.

Millerand verlangt ein Ultimatum an Deutschland.

Auf Wunsch Millerands stand gestern Sonntag in den Abendstunden eine neue Zusammensetzung der drei Minister statt, in der Millerand für eine Besprechung der deutschen Frage einztrat, nachdem am Vormittag die türkische Frage an erste Stelle gesetzt worden war. Über den Sitzungsdurchlauf wurde keine Mitteilung ausgegeben. Die Sitzung ist recht kurmäßig verlaufen. Millerand soll die Stellung eines Ultimatums an Deutschland verlangt haben. Wie es tatsächlich die Meinungsverschiedenheiten zwischen den Verbündeten in dieser Angelegenheit sind, ist nicht bekannt. An der morgigen Vollsitzung werden Generäle und die Minister des Außenamtes teilnehmen. Ob Frankreich mit Erfolg für eine Vorezung der deutschen Frage eingetreten ist, erscheint zweifelhaft. Möglicherweise wird die türkische und die deutsche Frage gleichzeitig nebeneinander verhandelt. Es ist unmöglich, daß die Bosnienkonferenz in einigen Tagen auch das ungarische Problem abhandeln kann, da das Appell für die Unterstützung des vorgeschlagenen Friedens in ungarischen Kreisen keinerlei Unterstützung gefunden hat u. die Bosnienkonferenz der ungarischen Ablehnung gegenüber keine Vollmacht besitzen würde. Die Bosnienkonferenz scheint die ungarischen Vorschläge rechts abgelehnt zu haben. Allmählig ist unter kleinen Umständen bereit, ohne Volksabstimmung Gebiet abzutreten.

tu. Rovenhagen, 20. April.
Der Londoner Vertragspartner der „Berlindre Tidende“ teilt mit: In diesen diplomatischen Kreisen glaubt man, daß auf der Konferenz in San Remo schnell eine Einigung erzielt werden wird, wie Deutschland zur Abfassung zu zwingen ist. Dagegen nimmt man an, daß die Sitzung der türkischen Frage große Schwierigkeiten hervorruft. Die Vereinbarung, daß England die Bewachung zur See und Frankreich die zu Lande übernehmen soll, ist durch die Besetzung Konstantinopels durch britisches Militär gebrochen worden. Italien verlangt jetzt gleichfalls an der Besetzung teilzunehmen.

Die erste Besetzung.

In der Villa d'Este in San Remo hat der Oberste Rat heute vormittag (19.) seine erste Besetzung abgehalten. Der Friedensvertrag mit der Türkei wurde ohne Herauslösung des Nebenantrages verhandelt und die verhandelten noch uneledeten Fragen geprüft. Es wurde beschlossen, die türkische Abordnung zum 10. Mai nach Paris einzuhören, um ihr den Wortlaut des Friedensvertrages zu überreichen. In der ersten Sitzung waren die Vereinigten Staaten nicht vertreten. Bei den Verhandlungen über den Frieden mit der Türkei blieben die militärischen Bestimmungen unberücksichtigt. In zweiter Linie wird die Entwaffnung Deutschlands und sodann die Adriatische zur Beratung kommen. Weiter wird sich die Konferenz mit der finanzellen Frage und mit der Valutafrage so wie mit dem Kohlenproblem beschäftigen. Weder Marschall Foch noch irgend einer der militärischen oder Marinachefsvertreter waren in der heutigen Sitzung zugegen. Heute ist der englische Admiral Beatty in San Remo eingetroffen, wo sich der französische General Lebœuf bereits seit gestern aufhält.

tu. Bern, 20. April.
„Daily News“ meldet aus San Remo: Marschall Foch werbt dem Obersten Rat einen Plan für die militärische Besetzung der Türkei mit 300 000 Mann vor. Diese Frage werde zweitens eine starke Wirkung ausüben, da sofort die Frage aufgeworfen werden wird, wer diese Truppen stellen soll.

Nach einer Botschaft aus San Remo wird Amerika auf der Konferenz nicht vertreten sein.

Eine deutsche Note über die Einwohnerwehren.

tu. Berlin, 19. April.
Die deutsche Regierung hat an den Vorläufern des interalliierten Überwachungsausschusses für das Landheer eine Note gerichtet, in der sie betont, daß die Entente vom 12. März über die Einwohnerwehren von unzutreffenden Voraussetzungen ausgeht. Die Einwohnerwehren seien in den Wahlen des vorigen Jahres zu dem Zweck gegründet worden, durch Unterschaltung der geringen militärischen Kräfte und berücksichtigen Polizeiorganisation die Heimat vor vollständiger Auflösung der Ordnung zu bewahren. Bei der Gründung, wie auch beim Ausbau der Einrichtung sei jeder Gedanke an eine Verwendung zu militärischen Zwecken ausgeschlossen gewesen. Die Möglichkeit, daß die Einwohnerwehren einer durch den Friedensvertrag verbotenen Mobilisation Vorschub leisten

wäre gegen die bestehende Vorschrift verstoßen.

Die Lage in Pommern.

Aus Stettin meldet die „Post“, daß bei Besprechungen des Stettiner Oberpräsidenten und des Polizeipräsidiums mit der Regierung beschlossen wurde, die Stettiner Sicherheitspolizei durch organisierte Arbeiter zu verstärken. Sieben Komräte, die sich nicht als zuverlässig genug erwiesen hätten, sollen in den nächsten Tagen abberufen werden. Für die drei Regierungsbezirke Stettin, Danzig und Königsberg sollen Kommissare mit entsprechenden Vollmachten des Oberpräsidenten amtieren.

Nationalversammlung.

tu. Berlin, 19. April.
Präsident Schenck eröffnet die Sitzung um 3 Uhr 20 Min. Dritte Beratung des Gesetzentwurfes betr. die Grundschulen und die Ausbildung der Vorläufer. Abg. Wumm (Dn.) befürwortet eine Unzahl Anträge seiner Partei, die u. a. den Religionsunterricht als ordentlichen Lehrgegenstand festlegen sollen. Dies entspricht den Voraussetzungen der Verfassung. Ferner wollen sie die Rechte der Volksschullehrer wahren. Endlich soll der Privatunterricht möglichst unbehindert zugelassen und Gründe des Gewissens dabei anerkannt werden. Abg. Brockhoff (Dem.) bittet, die Anträge abzulehnen, da die Verfassung alles Nötige beinhaltet. Abg. Böbel (Dem.) stimmt dem zu. Schluss noch 4½ Uhr.

minuten, sei schon deshalb nicht vorhanden, weil die Organisationen des einheitlichen Zusammenschlusses von reichsweiten entbehrten. Die Einwohnerwehren hätten zweifellos dazu beigetragen, die allgemeine Sicherheit in Deutschland zu sichern, und in den Minuten der letzten Wochen große Vermögenswerte vor Vernichtung bewahrt. Der Ruf der Einwohnerwehren habe auch im Auslande volles Verständnis gefunden. Die deutsche Regierung habe daher keinen Anlaß gehabt, die Bildung der Einwohnerwehren vor den interalliierten Kommissionen zu verheimlichen. Lebhaftlich dem unter Verkenntung der tatsächlichen Verhältnisse aufgestellten Druck weichend, habe sie sich zur Auflösung der Wehren in ihrer jetzigen Form entschlossen. Die Regierung vermöge aber nicht anzuerkennen, daß die Bekämpfung des Friedensvertrages sie zwingen, der Verbesserung jedes Möglichkeiten des bis auf weiteres unbedingt notwendigen Selbstschutzes zu verlagen. Die Aufrechterhaltung der inneren Ordnung sei die Hauptvoraussetzung dafür, daß den Bedingungen des Friedensvertrages nachgekommen werden könne. Es werde geprüft werden, welche zulässigen Einrichtungen weiterhin diesem Zwecke dienen könnten unter Wahrung ihres lokalen Charakters und Vermeidung jeder militärischen Organisation und Ausbildung.

Der Abtransport der französischen Besatzung.

tu. Frankfurt a. M., 20. April.
Die farbigen Besatzungstruppen sind gestern aus Frankfurt zurückgezogen worden. Nach einer Meldung aus Mainz haben Truppenbewegungen verschiedenster Art Ende voriger Woche dem Stadtbild ein militärisches Gesicht gegeben. Lange Tage von Kraftwagen, teilweise mit Mannschaften belegt, Kavallerie, in kleinen Trupps auch Infanterie und Gewehren von Kabarettabteilungen, lehrten aus dem reichsdeutschen Gebiet zurück. Die Truppenbewegungen lassen darauf schließen, daß im Brückengebiet zahlreiche Truppenförderer allmählich entdeckt werden.

tu. Paris, 19. April.
Der nach San Remo gereiste diplomatische Mitarbeiter des „Echo de Paris“ meldet, die französische Regierung sei gebunden durch das Wort, das sie vor der Besetzung gegebenen, die französischen Truppen würden die Ebene eingehen an dem Tage räumen, an dem die deutschen Truppen zurückgezogen würden.

„Paris“ meldet aus Frankfurt a. M.: Die französische Kavallerie in der Zone, die sich vor dem Brückengebiet von Mainz ausdehnt, sei zurückgezogen worden. Überall entdeckt man Anzeichen dafür, daß die Franzosen den Rückzug vorbereiten.

„Journal“ stellt fest, daß Italien bis jetzt noch nicht seine Zustimmung zu einem gemeinsamen Schritte der Alliierten in Berlin gegeben habe.

Beratungsumverbot.

Aus München wird gemeldet: Die interalliierte Rheinlandskommission verbietet zur Sicherheit der Besatzungstruppen die Abhaltung von Versammlungen politischer Natur bis zum 17. Mai sowie Versammlungen von mehr als 5 Personen. Die öffentlichen Bataille, Theater u. a. sind während einer Woche um 9 Uhr abends zu schließen.

Die Ruinierung unseres Wirtschaftslebens.

tu. Hamburg, 20. April.
Die Hamburger Handelskammer sandte ein Telegramm an die Reichsregierung, in dem es heißt: Im Schiffsüber 1000 Tonnen verbleiben Deutschland bloß circa 100 000 Brutto-Register-Tonnen. Zur Aufrechterhaltung der Rüstungsindustrie bedarf es aber eines Schiffsschatzes von mindestens 700 000 Brutto-Register-Tonnen. Aus schwerster Sorge um Deutschlands Zukunft protestiert die Handelskammer mit höchstem Ernst gegen diese unerlässliche Verkürzung des Friedensvertrages verhinderte Forderung. Werden wir dazu verurteilt, obwohl alle Lebensmittel und Rohstoffe durch fremde Schiffe einzuführen, so können uns diese durch aufgezwungene hohe Frachten so verteilt werden, daß wir nicht die Möglichkeit haben, uns wieder emporzuheben.

Unter Berufung auf den Friedensvertrag, in dem es der Wiedergutmachungskommission zur Wicht gemacht ist, die inneren Bedürfnisse Deutschlands zu berücksichtigen, bittet die Handelskammer die Reichsregierung so eindringlich wie möglich, alles zu verhindern, die Rückgangsmachung des Schlusses der Wiedergutmachungskommission zu bewirken. Auch die Hamburger Gewerbevereinigung sandte an das Auswärtige Amt einen Brief gegen die Auslieferung der Hälfte der Schiffe zwischen 1000 und 1600 Tonnen.

minister Koch: Der erste Antrag der Rechten betr. den Religionsunterricht ist durch die Bestimmungen der Verfassung erledigt. Das Ministerium des Innern habe sich unparteiisch und ehrig bemüht, durch Verhandlungen mit den Ländern überall dem Geiste der Verfassung zu seinem Rechte zu verhelfen. Die Rechte der Volksschullehrer seien nicht gefährdet. Der dritte Antrag sei überflüssig. Abg. Dr. Kumpel (D. W.) spricht für die Anträge. Diese werden abgelehnt und das Gesetz in der Fassung der 2. Lesung angenommen.

Erste Beratung des Gesetzentwurfs über die Versorgung von Militärpersonen und ihren Hinterbliebenen bei Dienstbeschädigungen (Reichsversorgungsgesetz).

Dieses Gesetz wird dem Siebenstagsausschuß überwiesen. Dienstag 1 Uhr: Anträge, Interpellationen betr. Ersatz-Malmedy und Interpellation betr. Durchgangsverkehr nach Ostpreußen n. a. Schluss noch 4½ Uhr.

Deutsch-russischer Gefangenenaustausch.

Nach einer Meldung der Reichszentralstelle für Kriegs- und Zivilgefangene wurde das Abkommen mit der russischen Sonderregierung über den gegenseitigen Gefangenenaustausch vom 19. d. M. unterzeichnet und tritt in Kraft, obwohl es von den beiden seitigen Regierungen ratifiziert ist.

Tenifex endgültig geschlagen.

Einem Telegramm aus Helsingfors aufzuge folge meldet das
Vollschweikenblatt „Pravda“, daß englische Ministerium des
Auswärtigen habe an den Volkskommissar Tschitscherin ein
Telegramm gesandt, worin die englische Neglexierung zugibt,
daß Denitkin endgültig geschlagen sei und die Regierung auf-
fordert, um weiterem Blutvergießen ein Ende zu machen, die
militärischen Operationen in Südrussland einzustellen sowie
eine allgemeine Amnestie zu veröffentlichen. In seiner An-
wort erklärte Tschitscherin, daß die Verpflichtungen Eng-
lands gegenüber dem zaristischen Russland mit der Nieder-
lage Denkitins ausgehöhlt hätten. Zwischen Russland und Eng-
land müßten nun neue Beziehungen angeknüpft werden.
Das Reutersche Büro meldet amtlich, daß dem Besuch
des Generals Denitkin in England politische Bedeutung nicht
beigemessen werde.

Der Eisenbahnerstreik in Österreich.
Den Wiener Plöttern aufsöge beschloß vorgestern eine Versammlung der Wiener Südbahn-Angestellten einstimmig entgegen dem Beschluss der Vertrauensmänner der sozialdemokratischen Eisenbahnergewerkschaften, den Streik fortzuführen. Ein Aufruf der österreichischen sozialdemokratischen Partei und der Gewerkschaftskommission der Eisenbahner gibt bekannt, daß nur eine Gruppe der Eisenbahner in Wien und den nächsten Stationen den Streik nicht abschrechen will. Da es in den nächsten Tagen in Wien und allen österreichischen Industriorten an Brot fehlen werden würde, wenn diese Gruppe ihren Willen durchsetzt, werden die Lebensmittelzüge unter Bewachung nach Wien geleitet werden.

Rundgebung englischer Metropolen.

"Allg. HandelsBL." berichtet aus London von einer Kundgebung der demobilisierten Matrosen und Soldaten im Hydepark gegen die Haltung der Regierung gegenüber ihren Forderungen.

Der 1. Rat im Belgien.

Der Vanderverband der belgischen Staatsbeamten hat grundsätzlich beschlossen, zum Protest gegen das Gesetz am 1. Mai 24 Stunden zu streiken. Der Zeitung "People" zufolge hat der Eisenbahominister den 1. Mai zum Feiertag bestimmt.

Die Wahlbewegung.

Die Deutsche Demokratische Partei in Sachsen erlässt folgenden, von Staatsminister a. D. Oscar Günther, Plauen, Mitglied der Sächsischen Volkskammer, Oberbürgermeister Dr. Wilhelm Killy, Zittau, Mitglied der Deutschen Nationalversammlung, Stadträtin Marie Stritt, Dresden, unterzeichneten Wahlaufruf: Das deutsche Volk steht vor den ersten Reichstagswahlen auf Grund der neuen Verfassung. Das Ergebnis der Wahlen wird entscheidend für unser politisches und wirtschaftliches Leben sein. Es wird sich zeigen, ob das deutsche Volk gewillt ist, sich die Zielsezung für seine Zukunft selbst zu geben. Wir leben der seien Zuversicht, daß das deutsche Volk reif für einen sozialen Volksstaat ist, und wir treten in den Wahlkampf mit der Gewissheit ein, daß die

deutsche Demokratie getragen sein wird von dem Vertrauen und von der Hoffnung unseres Volkes. In dieser Gewissheit treten wir vor das deutsche Volk mit folgender Wahlvorschrift:

1. Sicherung und Stärkung der Demokratie als der einzigen staats- und volksverhaltenden Kraft; Festigung der Staatsautorität nach innen und außen auf dem Boden einer wahren demokratischen Staatsordnung; Demokratisierung der Verwaltung; Belebung der Reichswehr mit demokratischem Geiste. 2. Kampf gegen den Umsturz von rechts und von links; Aufrechterhaltung der Verfassung und der Rechte eines freien Volkes gegen jede Diktatur reaktionärer oder bolschewistischer Widerberaten; Ablehnung jeder Nebenregierung. 3. Sozialer Ausgleich und soziale Versöhnung, und auf dieser Grundlage: Herbeiführung des inneren Friedens und Wiederaufrichtung unserer zusammengebrochenen Wirtschaft. Wirtschaftliche Sicherstellung und soziale Fürsorge für Beamte, Angestellte und Arbeiter; allmäßlicher Abbau der Zwangswirtschaft; nachhaltige Förderung der Produktion, insbesondere von Handel, Industrie, Gewerbe und Landwirtschaft. 4. Kampf gegen jede Korruption, gegen Ausbeutung, Bucher und Schieberatum; Heimkehr des deutschen Volkes zur wirtschaftlichen Moral und zum alten Arbeitssinn. 5. Erhaltung deutscher Kultur und deutscher Sitte; ungehindelter Aufstieg der Tüchtigen; sichere Grundlagen für eine wahrhaft nationale, soziale und kulturelle Entfaltung aller Volkschichten und dementsprechenden Ausbau und Aufbau des Schulwesens. 6. Erhebung des Vaterlandes aus einer Erniedrigung; Erlösung des deutschen Volkes aus dem Ketzer von Versailles; Herbeiführung eines Friedens der Gerechtigkeit und der nationalen Selbstverhaltung und Selbstbestimmung; Aufrichtung einer Völkergemeinschaft, frei von Hoh und Verblendung, mit dem leichten Siele einer echten Völkerversöhnung; Aufrechterhaltung und Verfestigung der kulturellen u. völkischen Beziehungen zu den gesetzlich abgetrennten Volksteilen und zu dem deutschen Volksgenossen in der ganzen Welt.

Wahlprogramm der deutschnationalen Volkspartei.
Die deutschationale Volkspartei veröffentlicht ihr Wahlprogramm. Aus den Einzelforderungen, die für das Volks- und Staatswesen erhoben werden, steht an der Spitze die Befreiung Deutschlands von fremder Invasionsschärfung durch Änderung des Versailler Vertrages, die Wiederherstellung der deutschen Einheit und der Wiederaufbau der für unsere wirtschaftliche Entwicklung notwendigen Kolonien. Als Staatsform wird für das Deutsche Erneuerung des von den Hohenzollern aufgerichteten deutschen Kaiseriums erstrebt. Die Einzelstaaten sollen eine Entschließung über ihre Staatsform haben. Ein festes Deutsches Reich ist die wichtigste Grundlage deutlicher Größe, die Selbständigkeit der Einzelstaaten ist zu schützen und ihre und der Stämme berechtigte Eigenart zu liegen. Das deutsche Gesamtinteresse erfordert ein unverstümmeltes, in seinem Bestande und seinen Rechten nicht eingeschränktes Preußen. Neben der aus allgemeinen, freien Wahlen beider Geschlechter hervorgehenden Volkswahlrestitution wird eine Vertretung verlangt, die auf einem nach Berufen gegliederten Aufbau der wirtschaftlichen und geistigen Arbeit beruht. Es wird eine zeitgemäße Umgestaltung des Beamtenrechts gefordert. Beamtenauschüsse und Beamtenkammern sollen bei der Regelung der dienstlichen Beziehungen mitwirken. Auf dem Gebiet der Wehrpflicht wird die allgemeine gleiche Wehrpflicht und die Wiedererrichtung einer deutschen Flotte erstrebt. In einem Abschnitt Volkstum heißt es: „Wie wenden und nachdrücklich gegen die seit der Revolution immer verschägnidöller hervortretende Vorherrschaft des Judentums in Herstellung und Leistungsfähigkeit. Der Zustrom fremdsämmiger aber unsere Grenzen ist zu unterbinden.“ — Schließlich werden Forderungen zur Förderung der Volksgelehrtheit aufgeführt und es wird die Berücksichtigung kinderreicher Familien bei allen gelehrgabenden Maßnahmen im Interesse der Kinderausbildung gefordert.

Zugang des Zentralvorstandes der Deutschen Volkspartei. Sonntag vormittag 10 Uhr trat im Sitzungssaal des Reichstagsgebäudes in Berlin der Zentralvorstand der Deutschen Volkspartei zu einer Sitzung zusammen. Es nahmen daran über 200 Delegierte des Zentralvorstandes teil; außerdem als Gäste die Parteibeamten und die Bez.

treter der Parteioppos. Um Sonnen waren über 200 Personen versammelt. Nach einer Begrüßungsansprache des zweiten Vorsitzenden des Zentralvorstandes des Abgeordneten Dr. v. Richter ergriff Abgeordneter Dr. Stresemann das Wort zu einem eingehenden Bericht über die politische Lage und die Neuwahlen. An die Stelle schloß sich eine ausführliche Aussprache. Die Versammlung nahm alsdann einmütig folgende Entschließung an: Der Zentralvorstand spricht der Parteilandesleitung den Dank dafür aus, daß sie in den Verhandlungen während des Kapp-Putinschen das Interesse von Volk und Vaterland gewahrt und dadurch den allgemeinen Bürgerkrieg sowie die innere Auflösung der Reichswehr verhindert hat. Er befundet der Parteilandesleitung erneut das Vertrauen. Auf Antrag des Abg. Dr. v. Richter beauftragte der Zentralvorstand die Abgeordneten Dr. Stresemann und

Der Centralvorstand die Abgeordneten Dr. Gremann und Dr. Kahl mit der endgültigen Abfassung des Wahlaufrufes, dessen Entwurf dem Centralvorstand vorgelegt worden war. Fernerhin setzte der Centralvorstand einen Ausschuss ein, bestehend aus den Wahlkreisvorstehenden und 12 Mitgliedern des geschäftsführenden Ausschusses, der über die Ausstellung der Mehlkästen für die Mehlstandswahlen zu befinden hat.

Die Kommunisten für Wahlbeteiligung. Die kommunistische Partei Deutschlands (Spartakus-Bund) hat auf

Ibrem dieser Zone in Berlin abgehaltenen Parteitag ein-
hmalig die Beteiligung an der Reichstagswahl beschlossen,
ohne damit aber, wie sie ausdrücklich hervorhebt, ihre
grundlegend antodemokratische und antivorsamentarische
Stellungnahme anzugeben. — Das „Berl. Tagebl.“ meint,
dah nach den bisherigen Verkündungen esse drei sozia-
listischen Parteien völlig getrennt in den Wahlkampf gehen
werden. Das dürfte erheblich zur Klärung der Situation
beitragen. — In Dresden fand am Sonntag nachmittag eine
Versammlung der Kommunistischen Partei Deutschlands
statt, in der Högl sprach. Zum Hall Högl erklärte er, dah
höfentlich in jedem Ort ein solcher Mann erstebe, der die
revolutionären Elemente sielläufig zusammenfasse. Die
Dresdner Kommunisten erklärten sich jedenfalls vollständig
solidarisch mit Högl.

Σαραβανδίδη.

Deutsches Reich.

Ausammenlegung von Befolbungsklassen in der Reichsbefolbungsvorlage. Nach Zeitungsberichten sollen in der Nationalversammlung Bestrebungen bestehen, die in der Reichsbefolbungsvorlage vorgesehene 18 Befolbungsklassen auf 10 zusammenzustreichen, und zwar so, daß die Klassen 1 bis 8 in eine zusammengezogen und die 7. und 8. Klasse ebenfalls zusammengefaßt werden. Damit würde den Wünschen der deutschen Beamtenchaft, namentlich der unteren und mittleren, sehr entgegengekommen und die ganze Befolbungsexperiment an sozialem Geist gewinnen.

Jam Urteil im Adlon-Prozeß." Die preußische Regierung wird sich mit dem Urteil beschäftigen, das, wie bekannt, die sechste Strafkammer des Landgerichts I am Freitag im Prozeß gegen den Prinzen Joachim Albrecht von Preußen, den Erboringen Gottfried zu Sodenlohangenburg und den Mittmeister von Blaten gefällt hat. Das Urteil ist auch in den Kreisen der preußischen Ministeriarchie diskutiert worden. Nach Informationen des "B. L." wird in einer der nächsten Sitzungen des Staatsministeriums über Maßnahmen zur Reinigung der Beamtenchaft von antirepublikanischen Elementen beraten werden. Es wird dabei auch die Möglichkeit und die Durchführbarkeit einer Gesetzesnovelle über die Neuregelung der Besiegung im Richterstande beamter Personen erörtert werden.

Erfolge der Radikalen bei den Betriebsratswahlen
in Industriegebiet. Die Betriebsratswahlen sind im Bezirk Gelsenkirchen auf allen Geben durchgeführt. Ihr Ergebnis zeigt eine starke Tendenz zur äußersten Linken innerhalb der dortigen Arbeiterschaft. Durchweg auf allen Geben erhielten die zum erstenmal in die Erscheinung tretenden linksradikalen Unionisten die Mehrzahl der Stimmen und Sieg. Die Zunahme der radikalen Stimmen fällt auf das Konto des mehrheitssozialistischen Alten Bergarbeiterverbandes, der seine führende Stellung immer mehr einbüßt. Die Christlichen Gewerkschaften haben ihr bisheriges Prästeverhältnis ungefähr bewahrt. Soweit der Bezirk Gelsenkirchen in Frage kommt, verteilen sich die Siehe wie folgt: Unionisten 90, Christlicher Gewerkschaftsverein 52 und Alter Verband 72 Siehe.

Die Abstimmung in Westpreußen. Von unterrichteter Seite wird zur Vermeldung von Abstimmberechtigten Westpreußens im Reiche, die bereits den Antrag auf Einreichung in die Stimmliste gestellt haben, erubrigt sich eine Anmeldung bei den Abstimmungsausschüssen ihrer Geburtsgemeinde. Diejenigen, die noch keinen Antrag gestellt haben, müssen diesen Antrag schleunigt stellen bei den Vereinigungen heimatreuer Westpreußen und bei denjenigen, die mit der Annahme der Anträge für die Volksabstimmung in den einzelnen Orten vertraut sind. Der Deutsche Ausschuß für Westpreußen veranlaßt die Eintragung in die Stimmliste der Geburtsgemeinden. Nach erfolgter Eintragung erhält jeder Stimmberechtigte im Reiche schriftlichen Bescheid, der gleichzeitig als Reiseausweis dienen soll.

Die neuen Post- und Fernsprechgebühren. In der öffentlichen Sitzung des Reichsrates, die unter Vorsitz des Postministers Giesberts stattfand, wurden die neuen Postgesetze und Verordnungen angenommen. Der braunschweigische Gesandte v. Boden berichtete über die Verhandlungen im Ausschüsse. Er wies auf das ungeheure Defizit der Postverwaltung hin, das für 1919 1½ Milliarden Mark trüge und für 1920 auf 2½ Milliarden Mark geschätzt werde. Würden die Beschlüsse des Unterausschusses der Nationalversammlung zur Bevölkerungsreform Gelehrt, so würde das Defizit für 1920 vielleicht auf 3 Milliarden Mark steigen. Die Ursache des Defizits liege nicht etwa dem Nachlassen des Verkehrs, der im Gegenteil in allen Bereichen, insbesondere im Wertpapierverkehr und im Fernsprechwesen, so gestiegen sei, daß er kaum bewältigt werden könne, sondern in der Steigerung der Materialpreise und vor allem auch in der geradezu übermäßigen Steigerung der Personalausgaben. Das Porto für Postkarten soll auf 1 Pf. erhöht werden, für ein Fach-Brief auf 40 Pf. und für Briefe bis 250 g auf 80 Pf. Die Säße für Drucksachen, Schlußpapiere und Warenproben sind verdoppelt. Auch die Paketgebühren, die Postanweisungsgebühren und die Gebühren für Zeitungen sind erheblich erhöht worden. Für Telegramme ist der Unterschied zwischen Orts- und Ferntelegrammen beseitigt, die Postgebühr ist auf 20 Pf. festgesetzt und die Mindestgebühr für ein Telegramm auf 2 M. Die Fernsprechgebühren erfahren durchweg eine Erhöhung um 100 v. H., bei ganz großen Regionen noch darüber hinaus. Die Ausschüsse haben sich auch trotz mancher Bedenken darauf einverstanden erklärt, daß von allen Fernsprechteilnehmern ein besonderer Kapitalbeitrag in Höhe von 1000 M. für jeden Hauptanschluß und von 200 M. für jeden Nebenanschluß geleistet werden soll. Der bisherige Erfaz von 1 M. für das Pfund verloren gegangener Sendungen wird auf 10 M. erhöht. Sämtliche neuen Postgesetze und Verordnungen fallen am 1. März in Kraft.

Die Wirkungen des Krieges auf die Heidenmission. Als England im August 1914 die Kongoaite brach und der Krieg nun auch in die mittelafrikanischen Länder eindrang, da ernteten einstige Männer den ungeheuren Schaden, der durch der Sache der Heidenmission ausgefügt werden würde. Ob man aber damals befürchtete, ist wirklich eingetragen, ob die Missionen in Mittelafrika befinden sich heute in einem surigen Zustand. Welche Folgerungen die Schwärzen aus dem von Gott und Menschen errichteten Kriege der Mächte gezogen

Das zeigt deutlich die Schilderung des holländischen Missionsarztes Dr. J. H. Stetje aus Mysore, südlich des Ganges, die in den „Berliner Missionsberichten“ mitgeteilt wird. Er erzählt, daß die Mission „wie in der ganzen Welt, so auch im Kaukasuslande, rückwärts gegangen und zum Stillstand gekommen ist. Früher waren die Taufklassen voll. Nun sind aus ihnen große Scharen ausgetreten. Früher kamen viele Menschen zu den Gottesdiensten, jetzt wollen sie nichts mehr mit der Mission zu tun haben.“ Der Hauptgrund ist in den Kreuzzügen des Krieges zu suchen. Viele Eingeborene wurden in Christi Namen gekämpft, und sie sagen, daß man im Felde nicht Christ bleiben könne. Sie haben gesehen, wie schnell alle zehn Gebote durch den Krieg gebrochen werden, und sie konnten nicht zwischen Christen und andern unter den weißen Soldaten unterscheiden. So ist es auf Seiten der Eingeborenen zu einer überraschenden Wiederbelebung des Christentums gekommen, weil sie fühlten, daß das Christentum ihre Menge untergräbt. Sie haben einen Geheimbund, genannt „Wolle“, der den Zweck verfolgt, Hegehrte zu bewegen, vom Christentum abzulassen und an Biergelagen und Tanzereien wieder teilzunehmen, wovon die natürlichen Folgen Vielheit und Unstetigkeit sind. Dann muß man auch nennen das Eindringen der sog. „Kultur“; wo Kultur ohne Christentum kommt, da wird der Teufel Herz.“

Der Prozeß gegen General Bourriau. Nur Paris wird gemeldet, daß die Kriegsgerichtsverhandlungen gegen den General Bourriau und seine sechs Offiziere begonnen haben, die während des Krieges die Festung Maubeuge übergeben. Mehr als hundert Zeugen sind geladen, unter ihnen Dosté und eine große Menge Generale.

5. Klasse 176. Sächs. Landes-Potterie.

Alle Nummern, unter welchen kein Geheim steht, sind mit 200 Mark zu verwerben. (Diese Summe ist bei Rückgabe des Nachdrucks bestehen).

B. Rückenstück vom 19. März 1870.

45-600	Mr.	50000	Wilfrid Otto Stump, Elmer L. G.
5000	Mr.	500	Mr. Miller & Co., Detroit.
5000	Mr.	25078	C. Emil Taeuber, Duluth.
5000	Mr.	25075	Frank M. Taeuber, Duluth.

Die folgenden Werte sind aus dem Klima-Büro der Deutschen Gesellschaft für Erdkunde: